

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementsspreis durch die Post exkl. Beitragsgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zelzer Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephonus 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pf. für die einspaltige  
Petitezeile oder deren Raum berechnet. — Interate werden nur gegen  
vorherige Einführung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 20.

Sonnabend, den 17. Mai 1913.

17. Jahrgang.

## Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Der Terrorismus im Lichte der soziologischen Forschung. — Bericht der Generalkommission für das Jahr 1912. I. — Aus dem Fichtelgebirge. — Lohnspaltung und Gehaltsverträge. — Die Arbeitslosenunterstützung im Bauarbeiterverband abgelehnt. — Wegen fahrlässiger Tötung verurteilt. — Große Plastersteinvergebungen in Berlin. — Korrespondenzen. — Mündschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Aenderungen. — Versammlungskalender. — Briefstasen. — Anzeigen.

Beilage: Ein weißer Rabe. — Wirtschaftliche Mündschau. — Zur Lohnbewegung im Bangenwerke. — Steinausschreibungen. — Feuilleton: Die Unfälle des Rauchens in den Versammlungen. — Eine Erinnerung.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Neben alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperrt sind: Bremen: Firma Berger & Traupe (Grabsteingeschäft). — Elberfeld: Hohmannswerke in Bohlwinkel. — München: Firma Stieglmeier, am Museumsbau. — Saarbrücken: Firma P. Burger. — Liegnitz: Firma Schnabel. — Breitenborn: Mitteldeutsche Hartsteinwerke. — Neusalz: Hartsteinwerk Wittig. — Pirna: Sandsteinwerk Schredenbach & Schulze. — Heppenheim: Odenwald-Granitwerke.

Niederlunnersdorf (Lausitz). Wegen Maßregelung sind im Grünsteinwerk Lehder die Kollegen in den Streik getreten. Dörrnberg-Weimar. Bei der Basaltfirma Frz. Bauch & Co. haben die Kollegen die Arbeit eingestellt. Ein großer Teil davon wurde anderweitig untergebracht.

Kötz bei Hof. Das Hartsteinwerk Frank & Weidener hat einen Teil der Arbeiterschaft entlassen. Darauf stellten auch die übrigen Arbeiter die Arbeit ein.

Baumbach (Schlesien). Im Basaltwerk Reiske zu Kerzdorf wurden wegen Verbandszugehörigkeit 63 Kollegen entlassen. Die Firma, welche so rigoros vorgeht, liefert meist nur für die Eisenbahnbehörden. Die „Hirsch-Dunderschen“ Mitglieder schaffen ruhig weiter.

Sandsteingebiet Ebelsbach, Steigerwald und Umgegend. Etwa 200 Steinmehlen sind in den Streik getreten. Die Firmen wollen sich auf einen Glieder- und Flächentarif nicht einlassen.

Höchst (Odenwald). Die Sandsteinmehlen und Brecher stehen seit dem 14. April im Streik. Es kommen 60 Kollegen in Frage.

Böllingshausen-Gehrschweler (Elsäß). Der Abschluss eines Tarifvertrages wurde strikt abgelehnt. Etwa 150 Kollegen stehen im Streik.

Magen (Rheinland). Die Unternehmer schlagen bei den Tarifverhandlungen eine Verschleppungstaktik ein. Die Situation ist eine recht gespannte.

München. Die Unternehmer wollen die allgemeine Stundenlohnernhöhung nicht anerkennen. Es kann zu Komplikationen kommen.

Hasserode, Darlingerode und Umgebung. Im Granitgebiete des Harzes sind am 5. Mai etwa 450 Kollegen in den Streik getreten. Vor Zugang wird streng gewarnt.

Dresden-Pirna. Die Firma Gebrüder Israel und die Steinindustrie-Aktiengesellschaft weigern sich seit Sonnabend, den 3. Mai, nach dem neuen Tarif zu bezahlen. Die Kollegen haben in allen Betrieben genannter Firmen, in Posta-Zeichen und Wehlen, die Arbeit niedergelegt, ebenfalls in Königstein sowie in der Mühlleithe zu Löbtau.

Tiefenbach (Kreis Jägersburg). Die Firma Rauscher hat wegen Verbandszugehörigkeit sämtliche Arbeiter entlassen. Die Kollegen haben natürlich diesen aufgezwungenen Kampf aufgenommen.

Meiningisches Schiefergriffs- und Mergesteingebiet. Die Direktion der Herzoglichen Griffelwerke bewilligte infolge Verhandlungen eine dreiprozentige Lohnzulage ab 1. Mai 1913.

Bad Aibling. Die Schwenischen Marmorwerke haben 2 Mann entlassen. Natürlich unsern Vorsitzenden mit. Es sollten Überstunden gemacht werden, welche aber verworfen wurden, die Kollegen waren so schon abgespannt genug. Die Firma schützt weiter Arbeitsmangel vor. Der Herr Direktor ist unserem Verbande recht abgeneigt, wahrscheinlich will er die Organisierten „hinausräumen“. Die Maßnahme wegen der Entlassung hat hier eine sehr große Entrüstung hervorgerufen. Die treibenden Kollegen werden erneut Bad Aibling streng zu meiden.

Untersächsisches Muschelkalksteingebiet. Für die Brecher und Hilfsarbeiter kann nach den Mitteilungen des Unternehmerverbandes jetzt ein Tarif für das ganze Gebiet nicht zum Abschluß kommen, jedoch soll bezirksweise die Lohnfrage geregelt und Tarife zum Abschluß gebracht werden. Verhandlungen mit den betreffenden Firmen finden demnächst statt.

Weißes Maintalsandsteingebiet. Der Streik um einen Flächen- und Gliederberechnungstarif dauert weiter. In Höchstädt, Lichtenstein, Bodenbach, Fehrenbach, Miltenberg und Klingenberg mußten sich die Kollegen solidarisch erklären, da ihnen zugemutet wurde, Streikarbeit zu machen.

## Der Terrorismus im Lichte der soziologischen Forschung.

Der bekannte Soziologe Dr. Hugo Sinzheimer hat auf Einladung des Frankfurter Gewerkschaftsrats einen Vortrag über „Terrorismus“ gehalten, der weit über Frankfurts Mauern hinaus berechtigtes Aufsehen hervorruhen dürfte.

Die letzte Zeit, so führte Dr. Sinzheimer aus, war wiederum erfüllt von Vorwürfen gegen die freie Gewerkschaftsbewegung, daß ihr Terrorismus unerträglich geworden sei. Dass diese Vorwürfe von konservativer Seite immer wieder erhoben werden, ist selbstverständlich, denn es liegt im Wesen der konservativen Denkrichtung, jede selbständige und selbstbewußte Organisation der Arbeiterschaft als eine unzulässige Auseinandersetzung anzusehen.

Doch aber neuerdings auch linksliberale Gruppen, die einst den Antiterrorismus, vor allem zur Zeit der Zuchthausvorlage, lebhaft bekämpft haben, sich zum Teil mit ausgesuchten Kampfwörtern zu jenen konservativen Stimmen gesellen, ist eine Erscheinung, der Beachtung geschenkt werden muß. Was sie dazu treibt, ist offenbar ein parteipolitisches Bedürfnis.

Die Gründung der liberalen Arbeitervereine braucht ein Stichwort, das sie von den freien Gewerkschaften unterscheidet. Für ein solches Stichwort ist der Vorwurf des Terrors willkommen, der auch in allen Wahlkämpfen ein bequemes Mittel bildet, um die „anständigen“ Elemente von der angeblich terroristischen Sozialdemokratie fernzuhalten. Alles deutet darauf hin, daß die Liberalen beim nächsten Reichstagswahlkampf mit diesem Stichwort kämpfen wollen. Diese Theorie ist das „Recht auf die freie Selbstbestimmung des einzelnen“, der „Schutz der Persönlichkeit“ gegen den Organisationszwang. Es kommt aber darauf an, wo das Recht auf freie Selbstbestimmung besser gewahrt ist und wie es im sozialen Leben überhaupt gewonnen werden kann. Da zeigt sich, daß es keinen andern Weg gibt, Arbeiterrechte zu gewinnen, als durch die Organisation, die zugleich das Persönlichkeitssymbol des Arbeiters hebt und pflegt.

Die Antiterroristenbewegung aber ist ungerecht, weil sie der Arbeitersseite allein vorwirkt, was eine allgemeine Erscheinung des heutigen Wirtschafts- und Soziallebens ist, ein Produkt der heutigen Wirtschafts- und Rechtsordnung, an dem alle Kreise teilnehmen, die an Organisationen interessiert sind. Es ist von den Wissenden gewissenlos, auf Grund dieser Tatsache den angeblichen Arbeiterterrorismus einseitig anzugreifen.

Um diesen Satz zu belegen, führte der Vortragende in erster Linie den Organisationszwang bei den Unternehmertarassen, die Material-, Kredit- und Absatzsparte an, wozu sich noch die Befreiungserklärung, manchmal sogar die Sperrung der Zu- und Absatzwege gesellt. Da müsse konstatiert werden, daß gerade diejenigen Kreise, in denen der Hauptzweck des Antiterrorismus ist, am schwersten belastet seien, wenn überhaupt von Vorwürfen in dieser Richtung gesprochen werden können.

Gerade für diese Methoden sei in der letzten Zeit ausgezeichnetes Material geliefert worden in dem Buche von Kestner: „Der Organisationszwang“, eine Untersuchung über die Kämpfe zwischen Kartellen und Außenseitern (Berlin 1912). Das Buch dürfte in keiner Gewerkschaftsbibliothek fehlen, und es müsse von allen, die leitende Stellungen in Gewerkschaftskreisen einnehmen, gelesen werden. Wo in der Leidenschaftlichkeit wird in diesen Fällen von einer „Unverschämtheit“ des Terrors gesprochen, den man den Arbeitersfreien vorwirkt, wenn sie etwa sich weigern, mit unorganisierten Arbeitern zusammen zu arbeiten? Warum trennt man die Formen des wirtschaftlichen Kampfes in der Arbeiterbewegung und bekämpft ihren Inhalt, ohne zugleich festzustellen, daß auf der andern Seite mit Waffen gekämpft wird, die in vielen Fällen tatsächlich Terror sind?

Der Redner zeigte sodann, daß die Ungerechtigkeiten der einseitigen politischen Bekämpfung der Arbeiterbewegung auf Grund ihrer Organisationskämpfe um so trauriger seien, als die Voraussetzung des Kampfes auf Unternehmersseite rechtlich ganz andre seien, als auf Arbeitersseite. Zunächst seien die Kämpfe der Arbeiterorganisationen an Widerstände rechtlicher und sozialer Art gebunden, die jene Unternehmerskämpfe nicht kennen. Rechtlich seien es die tausend Schikanierungen der Gewerkschaften durch die Verwaltungspraxis, die immer wieder versucht, sie unter das politische Vereinsgesetz zu bringen. Sozial sei es aber das Verhalten der sozialen Gewalten, die ökonomische Abhängigkeit, die dem freien Kampfe der unabhängigen Gewerkschaften Abbruch tun. Dann sehe es aber bei der rechtlichen Behandlung des Arbeiterkampfes an dem fundamentalen Grundsatz der Gerechtigkeit, der Gleichbehandlung aller wirtschaftlichen Kämpfe. All jene Kämpfe auf Unternehmersseite werden straffrei geübt; auf Arbeitersseite aber stehe der Kampf unter fortwährender, strafrechtlicher Kontrolle. Der Redner spricht dieses aus Grund der diesbezüglichen Rechtsprechung und Gesetzgebung. Arbeiter, die mit Arbeitsniederlegung drohen, wenn auf ihre Lohnforderungen nicht eingegangen wird, werden wegen Erpressung bestraft. Organisierte Arbeiter, die dem Arbeitgeber bekannt geben, daß sie die Arbeit niedergelegen, wenn unorganisierte Arbeiter weiter beschäftigt werden, verfallen dem § 153 der Gewerbeordnung.

Das Streikposten steht z. B. wird durch das Reichsgericht für zulässig erklärt. Wenn es aber ausgeübt wird, verbietet es der Schutzmann auf Grund der Straßenpolizeiverordnung. Und welche Strafen werden verhängt, wenn an sich ein Übergriff im wirtschaftlichen Kampfe stattgefunden haben mag. Zivilrechtlich liegt allerdings die Kampflage günstiger. Hier hat sich das Reichsgericht bemüht, für die Unternehmer- und Arbeiterkämpfe Formen der Gleichbehandlung zu finden. Das Reichsgericht lädt insbesondere den Bölgott in den wirtschaftlichen Kämpfen zu. Er ist begründet in der beständigen Rechts- und Wirtschaftsordnung. Und wenn er vorsätzlich Schaden z. u. g. und wenn er einen Druck auf widerstreitende Elemente ausübt, so liegt dieses im Wesen des erlaubten Kampfes. Doch müßte der Zweck erlaubt, die Mittel anständig sein, und darf nicht die Wirkung haben, den Gegner zu vernichten.

Gerade die Rechtsprechung des Reichsgerichts aber lehrt, wie flüssig der Begriff des erlaubten Zweckes sei. Der Kampf der Böller um Abschaffung des Kost- und Logiszwanges sei für erlaubt erklärt. Der Kampf um Einführung des Gesetzesnachweises aber für unerlaubt erklärt worden. Ebenso sei für unerlaubt erklärt worden der Kampf der Arbeiterschaft um Abschaffung der Heimarbeit.

Das Reichsgericht hat diese Entfernung des Arbeiters aus den beteiligten Betrieben grundsätzlich für zulässig erklärt. Und doch muß gesagt werden, daß diese Ausprägung im Grunde der Ausdruck eines neuen, durch sozialen Zwang geschaffenen Feudalismus sei. Die staatliche Gesetzgebung hat die Bekämpfung des Arbeitsvertragsbruchs abgelehnt. Trotzdem können Arbeiter, die etwa vertragsbrüchig geworden sind, mit erheblicher zeitweiliger Aussöhung aus den für sie bestimmten Arbeitsstellen bestrafen werden, wobei der Richter zugleich Partei ist und ohne daß der die Strafgewalt ausübende eine staatliche Ermächtigung zu ihrer Ausübung hat. Hier müßte man fragen: „Wie glaubt der liberale Arbeiter diese Macht zu brechen?“ Er soll Rede stehen, ob er es vermöge, ohne daß der Macht der Unternehmer eine gleich starke Macht der Arbeiterorganisation entgegengestellt werde.

Zum Schluß führte der Redner aus, daß es sich im Streite um den Terror um das Folgende handeln müsse:

Zunächst müsse die soziologische Erkenntnis anerkannt werden, daß der Kampf der Organisationen, vor allem auch der Organisationszwang, eine Begleiterscheinung der Organisationsbewegung überhaupt ist. Der einzelne finde seine Macht nicht mehr in sich selbst und durch sich selbst, er könne nur Fortschritte erringen in und durch die Organisation. Hier sieht man vor einer Tatsache, die jenseits von gut und böse sei.

Es müsse gefordert werden, daß der Organisationskampf auf Arbeitersseite ebenso frei sei, wie der Kampf auf Unternehmersseite.

Wenn so der Kampf ganz frei würde, wenn die Gerechtigkeit über ihm walte, dann fürchte man nicht mehr für die Kultur. Der Kampf ist der Vater aller Dinge. Er allein führt zu höheren Organisationen, in denen sich der wirtschaftliche Kampf mildert, weil die Kräfte sich in freier Selbstentfaltung entwickeln müssen. Man braucht nur auf die Tarifverträge hinzusehen, um an einem Beispiel zu sehen, daß der Kampf und die Kampfstellung, die Organisation und der Organisationszwang die wirklichen Triebkräfte zum sozialen Fortschritt bilden.

## Bericht der Generalkommission für das Jahr 1912.

In Nr. 18 des „Correspondenzblattes“ veröffentlicht die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ihren Bericht für das Jahr 1912. Da er für alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von Interesse ist, geben wir nachstehend das Wichtigste daraus wieder:

Allgemeines. Die ständig wachsende Macht der Gewerkschaften veranlaßt die Schriftsteller im Unternehmertag, immer wieder nach Ausnahmegesetzen gegen die Gewerkschaften zu rufen. Der Glaube an die eigene Kraft scheint im organisierten Unternehmertum mehr und mehr zu schwanden. Man hatte gehofft, durch umfassende Ausweitung der Aussperrungstatik jeden Lohnkampf zu einem für die Unternehmer günstigen Ergebnis zu führen und den Einfluß der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen brechen zu können. Da dieses Ziel nie erreicht werden wird, lehrt der Ausgang aller größeren Lohnkämpfe der letzten Jahre. Im Berichtsjahr gelangten die bereits im Jahre 1911 begonnenen Kämpfe im Stahldruckgewerbe und in der Tabakindustrie zum Abschluß. Trotz der verhängten Aussperrungen mußten sich die Unternehmer zu einem für die Arbeiter durchaus ehrenvollen Friedensstabilität bezeugen und die verhängten Gewerkschaften anerkennen. Zu strengeren Aussperrungen kam es in der Porzellanindustrie, im Schiefergewerbe und in der Metallindustrie. Die Kämpfe in der Porzellan- und Metallindustrie wurden durch direkte Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeiterorganisationen beendet, der Kampf im Schiefergewerbe durch Schiedsgericht. In allen Fällen haben die Unternehmer nicht unerhebliche Zugeständnisse an die Arbeiter machen müssen.

Der bedeutendste Kampf des Vorjahres war der Bergarbeiterkrieg im Ruhrrevier, der infolge des in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung einzig dastehenden Vertrags des christlichen Gewerkschaften und des zugehörigen Terrormus, der in dem von Polizei und Militär überfluteten Streitgebiet gegen die Streitenden ausgeübt wurde, schon nach einwöchiger Dauer erfolglos abgebrochen werden mußte. In einem gemeinsamen Aufruf

erhoben Generalkommission und Parteivorstand öffentlichen Protest gegen das Verhalten der Regierung, die gerade in der "kritischen Zeit wieder einmal in so klarer Weise gezeigt habe, wie sehr sie von dem Willen fragten sei, den Wünschen des Schwarzenbach nachzukommen. An die Arbeiter im ganzen Reich wurde das Erstehen gerichtet, daß dem Prolet anzuhören. Unterstützt von den christlichen Gewerkschaftsbürgern sah eine unchristliche Hes gegen die freien Gewerkschaften ein. Die unter dem Terrorismus wirtschaftlichen und öffentlichen Gewalten leidenden gewerkschaftlichen Organisationen wurden des Terrorismus gegen Arbeitewillige beschuldigt, zu der "Sieg" man verhängte Strafbestimmungen, insbesondere ein gesetzliches Verbot des Streikpostens verlangte. Dem Einfluß der Konservativen gelang es, die gezeigenden Gewerkschaften mehrerer Bundesstaaten mobil zu machen, so daß in Hamburg, Sachsen und Preußen von den Parlamenten an die Reichsregierung die Aufsicht verlangt wurde, die Strafbestimmungen gegen die Gewerkschaften zu verschärfen.

Die Durchführung solcher Absichten blieb allerdings im Reichstag zunächst auf einige Schwierigkeiten stößen. Ein konservativer Antrag, der ein gesetzliches Verbot des Streikpostens forderte, wurde vom Reichstag mit großer Mehrheit abgelehnt. Auch die Reichsregierung erklärte sich dagegen, aber nur, weil sie sich von ausnahmehaftlichen Maßregeln nichts verspricht und den gegenwärtigen Zeitpunkt für gesetzeswidrige Aktionen gegen die Gewerkschaften nicht für geeignet hält. Sie erklärt mit der schärferen Anwendung der bestehenden Gesetze einzuholen auszukommen zu können und will erst bei der Neuregelung unseres Strafrechts im neuen Strafgesetzbuch den entscheidenden Schlag gegen das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter führen. Wie wenig die Reichsregierung geneigt ist, das Koalitionsrecht zu schützen und wie sehr man bestrebt ist, es durch juristische Zusatzelemente fortzufestigen, beweisen die Verhandlungen des Reichstags über das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter vom 10. und 11. Dezember vorigen Jahres. Der Staatssekretär des Reichsministeriums, Dr. Teubner, vertrug sich dabei zu der ungehobenen Behauptung, jeder Arbeitgeber habe das Recht, durch Privatvertrag seinen Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechts zu beschränken oder auch ganz zu verbieten. Ein solcher Vertrag sei nicht gesetzwidrig und durchaus zulässig. Der Staatssekretär mußte sich von dem sozialdemokratischen Redner darüber belehren lassen, daß seine konservativen Ausschreibungen unhalbar sei und daß bei der Fertigstellung des Bürgerlichen Gesetzbuchs ausdrücklich von Reichstag und Regierung festgestellt worden ist, daß ein Vertrag, durch den jemand die Koalitionsfreiheit befreit wird, als gegen die guten Sitten verstößt und anstößig und deshalb nach § 123 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nichtig sei.

Die Folgen der gegen die Gewerkschaften betriebenen Hes und der Stellungnahme der Regierung, die unverhüllt eine schärfere Anwendung der bestehenden Gesetze gegen die ihr Koalitionsrecht ausübenden Arbeiter forderte, zeigen sich im ganzen Lande. Seitenmauerer Gerichte werden für ein paar beleidigende Worte, wenn sie gegenüber einem Streiktreter gefallen sind, geradezu darüber Strafe verhängt. Das Vereinigungskreis wird nur zu oft in schildhafter Weise gehandelt. Immer häufiger bemühen sich streitende Staatsanwälte, die Gewerkschaften zu politischen Vereinen zu stempeln. Die christlich-nationale Gewerkschaften, die Kriegervereine, die Arbeitsbergerorganisationen usw., die alle in viel weitgehenderem Maße zu politischen Fragen Stellung nehmen und offen den Kampf für bestimmte politische Parteien führen, läßt man dagegen ungeschoren. Wie sehr in Deutschland mit zweiter Wahl gemeinfest wird, geht auch aus dem Verhalten der Aufsichtsbehörden und der Gerichte gegen die Innungen hervor. Zahlreiche Innungen sind dazu übergegangen, ihren Mitgliedern zu verbieten, Tarifverträge abzuschließen, und zwar unter Androhung einer Strafe von 20 M. für jeden Tag, an dem der Tarifvertrag aufrechterhalten wird. Andere Innungen bestrafen ihre Mitglieder, die sich weigern, dem Beschlüsse der Unternehmerorganisation gemäß ihre Arbeiter aufzupassen. Das ein solches terroristisches Vorgehen gegen § 133 der Gewerbeordnung verstößt, unterliegt keinem Zweifel. Trotz mehrfachem Strafanzeigen hat sich bisher aber noch kein Staatsanwalt gefunden, der gegen diese Gesetzesverletzung eingefahren wäre. So sorgen unsre Gegner mit anerkanntenwerten Mitteln dafür, immer von neuem den Beweis zu führen, daß wir in einem Klassenstaate leben und die von der Verfassung gewährleistete Rechtsstaatlichkeit in Wirklichkeit der Arbeitersklasse gegenüber nicht vorhanden ist.

Der neue Reichstag hat bisher auf sozialpolitischem Gebiet nichts geleistet, wenn man von den überaus zahlreichen Resolutionen zum Star abzieht. Solche Resolutionen sind von allen Parteien in großer Zahl eingebrochen und vom Reichstag angenommen worden. Es ist ja so leicht, eine Resolution zu stimmen, durch die die Regierung aufgefordert wird, dies oder jenes Gesetz zugunsten der Arbeiter und Angestellten vorzulegen. Die Regierung kennt ihre Pappensheimer und läßt sich Zeit, lebt viel Zeit. Kommt aber endlich einmal ein sozialpolitisches Gesetz an den Reichstag, so zeigt es sich, daß die bürgerlichen Parteien zwar immer schöne Worte für die Arbeiter haben, doch sie zu Taten aber meist nicht zu haben sind. Die Beratungen über den dem Reichstag vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der §§ 74 bis 75 c des Handelsgesetzbuches liefern den besten Beweis dafür. Der Gesetzentwurf will eine Eingangserhebung des Mißbrauchs der Konkurrenzklause gegenüber den Handlungsgesellschaften. Die Handlungsgesellschaften aller Richtungen verlangen übereinstimmend das glatte gesetzliche Verbot der Konkurrenzlauf. Tatsächlich jedoch nur die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags ein; alle bürgerlichen Parteien lehnen ein solches Verbot ab. Für eine ernsthafte durchgreifende Sozialpolitik sind eben die bürgerlichen Parteien nicht zu haben.

Von dem Leipziger Gewerkschaftsamt wurde angeregt, ob es nicht angebracht sei, daß sich die Gewerkschaften an der Internationalen Verbandsausstellung in Leipzig beteiligen. Mit Rücksicht auf die Abrechnung, die den Gewerkschaften von dem Direktorium der Ausstellung in Dresden zuteil geworden war, wurde die Beteiligung an der Internationalen Ausstellung, die wiederum in Sachsen stattfand, ohne weiteres abgelehnt. Erst als die Generalversammlung vor neuem darum angerufen wurde und das Ausstellungsdirektorium die Garantie erachtete, daß sich Verträge wie in Dresden nicht wiederholen würden, wurde die Beteiligung befürwortet. Da Verträge kommen dabei nur die Bauarbeiterorganisationen und solche Verbände, deren Mitglieder zum Teil ebenfalls am Ausstellungsort sind. Die Beteiligung der Gewerkschaften betrifft also nur eine Darstellung des Bauarbeitervertrags. Es soll eine Leistung gegeben werden über die verschiedenen Betriebsverträge sowie über die Verbreitung und Wirkung derselben unter den Bauarbeitern. Besonders über die Kaufmänner und die Betriebsräte des Bauwesens und deren Rollen. An der Hauptstrophe handelt es sich aber um die Verförderung außerordentlicher Gewerke und Betriebsräte sowie Einrichtungen bürgerlicher und sozialer Art. Da selbst diese Art in ein eigenes Gebäude von den Gewerkschaften auf dem Ausstellungsgelände errichtet, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellungsgelände ermittelt, an dem Gebäude der Steinmetz, Zimmerer, Tischler, Fleischer, Klempner und Weberei untergebracht sind. Sie seien, wie sie beschrieben seien müssen, um Hilfe zu rufen. Außerdem werden die erforderlichen bürgerlichen Einrichtungen in marktgünstiger Weise vorbereitet. Im Betrag von 1000 M. werden die Kosten für die Anstellung der Gewerkschaften für die Ausstellung auf dem Ausstellung

# Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 20.

Sonnabend, den 17. Mai 1913.

17. Jahrgang.

## Ein weißer Rabe.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung findet auf der einen Seite die Besitzer von Geld, Grund und Boden und auf der andern die freien Arbeiter, die den erstenen ihre Arbeitskraft verkaufen. Da die Besitzer des Kapitals mehr erzielen, als die Arbeiter für die Herstellung der Waren bekommen, trägt das Kapital Zinsen, die den Besitzern mühslos in den Schoß fallen. Gegen die Ansicht Malthus', der in diesem System ein Naturgefehle sah, wandte sich Marx, der die Theorie von der Vereinigung der Massen und der Akkumulation des Kapitals aufstellte. Das Kapital werde sich eines Tages in so wenig Händen befinden, daß es expropriiert werden müsse, wodurch die kapitalistische in die sozialistische Wirtschaftsweise übergehe. Durch die Bildung von Genossenschaften sei die Akkumulation des Kapitals allerdings gehemmt worden. Die Unternehmer organisierten sich zwecks Auscheidung des Konkurrenzkampfes in Kartellen und Trusts. In Deutschland gibt es heute etwa 1500 solcher Kartelle, denen die Regierung sehr freundlich gegenübersteht. Den Kartellen gegenüber stehen die Gewerkschaften, und es ist nur bezeichnend, daß dieselben Leute, die sich kartellierten, die Gewerkschaften als Käuberbande und Expressen bezeichnen, daß sie Gegner der Syndikation der Arbeitsschaft und Gegner der Sozialpolitik sind. Trotz aller Gegnerschaft hat sich der Organisationsgedanke siegreich durchgesetzt, er ist jetzt der herrschende Gedanke aller Arbeiter geworden . . .

Das Wohlwollen, das die Regierung den Kartellen entgegenbringt, bringt sie in keiner Weise den Syndikaten der Arbeiter entgegen. Auch die Gesetzgebung steht den Arbeitnehmern feindlich gegenüber. Der „Arbeitswillige“ genießt einen ganz besonderen Schutz. Nicht einmal der Kaiser ist so beschützt gegen Beleidigungen wie er. Die von den Arbeitgebern selbst gegründeten gelben Gewerkschaften sind weiter nichts, als Streikbrecherorganisationen. Jeder, der seine Arbeitskraft verkaufst, beginnt sich in ein Abhängigkeitsverhältnis vom Käufer, und darum müssen die genauen Bedingungen von beiden Seiten festgestellt werden, was wiederum nur möglich ist, wenn hinter dem Arbeiter seine Organisation steht. Und wer als Arbeiter so rücksichtig ist, daß er die Vorteile der Organisation nicht erkennen kann, oder wer zu feige ist, die Gefahren einer Organisation auf sich zu nehmen, oder wer ein schlechter Rechner ist, der für das Linsengericht kapitalistischer Wohlfahrtsseinrichtungen“ die Erstgeburt der Organisation verkaufst, oder wer so „schlau“ ist, daß er nur dann der Organisation beitritt, wenn sie momentane Vorteile bietet, ohne sonst die Pflichten auf sich zu nehmen, nur der kann den Organisationsgedanken befürworten. Für alle andern aber, die weitschauend genug sind, kann es nur heißen: „Hinein in die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen!“

Eine Verschärfung des Arbeitswilligen schützes ist nicht erforderlich. Man sollte Streikvergehen nicht strafsharrend, sondern strafmildernd betrachten, handelt es doch dabei um Existenzkämpfe, bei denen nicht jedes Wort genau abgewogen wird. Die von Hinze, Auguste Müller, Knobh und Konsorten vermittelten Arbeitswilligen sind im Allgemeinen nur Gesindel, und die Arbeitgeber sind froh, wenn sie nach dem Streik diese Leute wieder loswerden können.“

Diese wirtschaftspolitisch richtigen Anschauungen führte vor einigen Wochen ein Mann aus im Hamburg-Altonaer Verein für Frauenrecht. Er nannte seinen Vortrag „Siegezug des Organisationsgedankens“. Seine Ausführungen sind klar und jedem vorurteilslosen Wirtschaftsphilologen geläufig. Und jeder Arbeiter sollte sie beherzigen. Was aber an diesem Vortrag ganz besonders interessant ist, so ist der Umstand, daß diese modernen Anschauungen von einem leibhaften Amtsrichter gemacht wurden! Man denkt und staune: Im erzreaktionären Preußen-Deutschland äußert in Mitglied des Richterstandes Ansichten, die sich mit denen ehemals vorgeschrittenen und modern denkenden Politikern ecken! In Deutschland, dem klassischen Lande der Klassenkampf, in Deutschland, wo von nüchternen und vorurteilslosen Beobachtern des öffentlichen Lebens schon oft erklärt wurde, daß vor allem bei Streikprozessen Urteile gegen Arbeiter zustande kommen, deren ungerechte Härte nur ersichtlich ist aus dem Milieu des durchweg aus der Klasse der Bevölkerung hervorgehenden Richterstandes, dessen Mitglieder

dem sozialen Empfinden der Arbeiter welsenstreng gegenüberstehen! Fürwahr, ein weißer Rabe in des Wortes vollster Bedeutung!

Die Ausführungen des Harburger Amtsrichters Dr. Herz haben nun freilich bei den braven Scharfmachern ein internalisches Wutgeheul ausgelöst. Vor allem leistet die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, die Scharfmachertante par excellence, den manhaftesten Amtsrichter in den zornigsten Füllstönen an. Sie wirft ihn unter lautem Verwünschungen auf den allgemeinen Komposthaufen des Jakobinertums und ein willfähriger Goldschreiber widmet ihm einen geharnischten Scharfmacherartikel unter dem vielsagenden Titel „Richterrobe und Ballonmilie.“ Dabei bemerkt der schreibgewandte Kapitalsöldling:

„Er, der Richter, der zur Auslegung des gestunden Rechts berufen ist, tut sich im Kreise der Hamburg-Altonaer Stimmweiber als Vertreter einer Rechtsauffassung auf, die in absolutem Gegensatz steht zu dem, was seinem forensischen Wirken als unverbrüchliche Norm zu gelten hat. Soll sich nun etwa irgend ein Arbeitgeber, der im Rechtsstreit mit den von ihm beschäftigten Leuten oder deren Organisationen steht, der angenehmen Juwelsicht hingeben, daß seiner Sache vor einem solchen Richter die gleiche Würdigung zuteilt wird, wie der der Gegner, deren offen zugestandene Absicht es ist, mit Hilfe der sozialdemokratischen Organisation auf dem Wege zum verdorbenen Kleinkrieg zur Kapitalisation vor Kollektivismus und Kommunismus zu zwingen? Dr. Herz, dieser freisinnige Pionier des sozialistischen Zukunftstaates, bekannte als seine Überzeugung, daß die §§ 152 und 153 der deutschen Gewerbeordnung einen Ausflug der Feindschaft der Regierung gegen die Arbeiter darstellen. Er erklärt, daß die nationalen Arbeitervereinigungen Streikbrechervereine sind, für deren Verhalten Begriffsstutzigkeit oder Verräterei an der Sache der Arbeiterschaft maßgebend sind. Er verhöhnt die wohltätigen Maßnahmen des Unternehmertums. Er stellt unsren Kartellen, deren wirtschaftliche Zweitmöglichkeit er selbst nicht zu bestreiten vermag, die mit der Sozialdemokratie unlöslich verknüpfte Gewerkschaftsbewegung gleich er verlangt, daß Streikvergehen nicht etwa unter dem Gesichtswinkel des gemeinen Rechts, sondern unter dem just derselben „sozialen Gerechtigkeit“ zu beurteilen sind, die den Verbrecher darum strafflos lassen will, weil nur die Verhältnisse, unter denen er lebt, ihn schuldig machen. Dieses politische Glaubensbekenntnis mag ihn zum höchst brauchbaren Parteidiktator stempeln; es ist ein unlösbares Rätsel, wie er mit solchen Ansichten die Tätigkeit zu vereinen gedenkt, bei deren Ausübung er sein irdisch Teill mit Barett und Talar umwandet.“

So liegt der Amtsrichter Dr. Herz in die Wolfschlucht. Er ist nur noch sozialdemokratischer Parteidiktator. Sein Richteramt wird ihm moralisch aberkannt und wer weiß, ob nicht auch noch ein hochnotpeinliches Disziplinarverfahren folgt. Über das Scharfmacherblatt hat schon recht. Es braucht für seine Unternehmerzwecke nur Richter vom Schlag eines Schulte-Wellinghausen. Dieser würdige und „unparteiische“ Richter ließ 1880 die Streikkomitees der Bergleute des Ruhrreviers einfach verhaften und herrschte die Bergknappen folgendermaßen an:

„Weshalb habt Ihr eigentlich gestreikt? Meint Ihr, die Grubenbesitzer waren so gestellt, um Eure Forderungen bewilligen zu können? Mein Vater ist auch Grubenteilhaber, ich weiß also, wie es damit bestellt ist. . . Wir sind die Herren der Situation. Wer nicht will, wie wir wollen, den lassen wir einfach niederkätschen!“

Ja, der Staatsanwalt Schulze-Wellinghausen, das war so ein Richter nach dem Herzen der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“. Aber ein Richter wie Dr. Herz? Pfui Spinne!

## Wirtschaftliche Rundschau.

### Neue politische Störungen für Börse und Geldmarkt.

Die Politik stand von neuem ganz und gar im Vordergrund, und nach allen Seiten wirkte die Zustellung des österreichisch-montenegrinischen Konfliktes verhängnisvoll. Die eben noch so haussfreudige Börse sah die meisten Kurse wieder tief zurückgeworfen, vor allem am Dienstag, den 29. April. Allerdings sagt jede günstigere Nachricht aus London, dem Sitz der Botschafterkonferenz, und aus Wien auch eine außergewöhnlich rasche Kursbelebung nach sich; nur dauerte diese Freude zunächst regelmäßig nur kurze Zeit, und man muß abwarten, ob mit dem bedingungslosen Nachgeben Montenegros in der Glutartfrage eine dauerndere Verhügung sich vorbereitet.

Wenn man aus der frischen Luft in Lokale kommt, in denen Versammlungen oder Vergnügungen stattfinden, dann wird man von dem Qualm ihr Rauch getragen zurückgeworfen. Was da oft den „Zimmerschauern“ der Besucher zugemutet wird, daß Später oder Befreiungsraum, und manche Erkrankung dieser für alle Menschen so wichtigen Organe ist auf den Aufenthalt in dunngezirkulierten Lokalen zurückzuführen. Die Erkrankungen der Atmungsorgane stehen fast in allen Krankheitsstatistiken oben an. Das fällt um so schwerer ins Gewicht, wenn man bedenkt, daß viele Menschen wegen eines Rauchars der Luftwege oder wegen einer Mandelentzündung, Heiserkeit usw. nicht zum Arzt gehen. Diese Erkrankungen sind so häufig, daß man gelernt hat, sie durch Hausmittel zu beheben. Da aber oft genug Erkrankungen der Luftwege Ursache zu schweren Erkrankungen der Lunge sind, ist die ernsthafte Beachtung auch leichter Fälle dringend erforderlich.

Wenn man sehen kann, mit wieviel Sorgfalt sich manche Menschen gegen Rauchlust oder frische Winterluft abschließen, die eigentlich ganz ungeschickt ist, dann ist es um so verwunderlicher, wie diese selben Menschen der verdorbenen Zimmerschau generell ganz gleichgültig sind. Wenn umgekehrt diese Sorgfalt auf die Erhaltung guter Luft in Wohnräumen und Versammlungslokalen verwendet würde, wäre sehr viel gewonnen. Möge doch jeder bedenken, daß die Luft in Versammlungslokalen, wo Menschen dicht zusammengepfercht sind, in ganz kurzer Zeit an und für sich völlig verdorben ist und doch die Raucher sich daher doppelt versündigen, wenn sie die Luft mit Rauchschwaden erfüllen, die das Atmen fast zur Unmöglichkeit machen.

Zu unseren vornehmsten und wichtigsten Arbeiterschutzforderungen gehört unsmechlich die Reinhalting der Luft in den Fabrik- und Werkstätten. Aber wie sonst man für genügend gute Luft in den Versammlungslokalen? Man kann sich einer tiefen Einschätzung nicht erwehren, wenn man täglich und ständig immer wieder konstatieren muß, wie sehr hier noch der Hose im Pfeffer-

die sofortige Wirkung der politischen Störungen war eine abermalige Erschwerung des Geldmarktes und der eben in Fluss geratene Emissionsbewegung. Hatte die vorangegangene Friedenszuversicht lange zurückhaltende Geldei wieder hervorgesetzt, so hielten die Banken jetzt von neuem nach Möglichkeit Bargeld fest, um allen Eventualitäten gewachsen zu sein, während im größeren Geschäftsleben wie im kleineren Alltagsverkehr das längstliche Festhalten und der ständige Umlauf des Geldes abermals einsetzte, für gewöhnlich ändert sich in der Übergangswoche vom April zum Mai der Privatkonto nicht; diesmal stieg er von 4½ Prozent am 28. April auf 5½ Prozent am 8. Mai (im Vorjahr beidermal 3½ Prozent). Der Reichsbankpräsident betonte unter solchen Umständen, daß man die Hoffnung auf eine Ermäßigung des Bankdiskonts (6 Prozent) vorläufig auf ganz unbestimmte Zeit vertagen müsse. Die Reichsbank selber hat sofort den Wertewechsel in unliebsamer Weise verspürt. Eben hatte der Ausweis vom 23. April, zum erstenmal seit Bestehen der Bank, einen Goldbestand in der Höhe von einer Milliarde erreicht und übertritten (1005,9 Millionen Mark), gegen einen Höchstbestand an Gold: im Jahre 1910 von 881,5 Millionen Mark, im Jahre 1911 von 924,9 Millionen Mark, im Jahre 1912 am 28. Juni von 982,2 Millionen Mark). Aber einmal beruht diese Stärkung des Zentralinstituts auf einer stärkeren Durchdringung des Verkehrs mit kleinen Scheinen: mit Banknoten von 50 und 20 Mk., vielleicht auch schon mit Reichstagscheinen von 10 und 5 Mk., obwohl deren Gesamtbetrag bisher die alte Summe von 120 Millionen Mark nicht überstiegen hat. Und weiter erwies sich die Stärkung als sehr kriegerisch. Ende April 1911 und 1912 verfügte die Reichsbank noch über eine steuerfreie Notenreserve von 90,6 und 88,4 Millionen Mark; diesmal war bereits die Steuerpflicht von nicht weniger als 218,3 Millionen Mark zurückgekehrt, nachdem die Vorwoche eine steuerfreie Reserve von 83,8 Millionen Mark verzeichneten konnte. Der Goldbestand ging in dieser Aprilschlußwoche wieder um 41 Millionen Mark zurück, nachdem die dritte Aprilwoche eine Steigerung um 80 Millionen Mark gebracht hatte.

### Stadtbende Emissionen, die Verlegenheiten für die Gemeindeanleihen.

Einmal geplante Emissionen lassen sich natürlich nicht nach Belieben verlegen. Aber die zuerst gekommenen der kurzen Erholungsperiode können sich ins Häuschen lohnen, denn ihren Nachfolgern winken vorläufig keine ähnlich günstigen Aussichten. Wie steht sich seit Jahren unter der Anspannung des Geldmarktes die allgemeinen Chancen für die Unterbringung neuer Werte verschlechtert haben, möge ein Auszug aus der „Frankfurter Zeitung“ über die sechsjährigen Schicksale der Gemeindeanleihen deutlich machen. Ende März betrug der Durchschnittskurs der an der Berliner Börse gehandelten reichsdeutschen Kommunalanleihen:

|            | Prozent | Prozent    | Prozent          |
|------------|---------|------------|------------------|
| 1905 . . . | 100,21  | 1908 . . . | 98,85            |
| 1906 . . . | 99,76   | 1909 . . . | 97,42            |
| 1907 . . . | 98,95   | 1910 . . . | 98,84            |
|            |         |            | 1913 . . . 93,01 |

„Fast alle Städte, die in letzter Zeit Anleihen aufnahmen, mußten für ihre 4proz. Anleihen einen Emissionskurs von unter 90 Proz. akzeptieren. Letzterer liegt bei der Anteilsaufnahme der Stadt Karlsruhe 94,70 Proz., der Stadt Darmstadt und Straßburg je 94,49 Proz. und der Stadt Bochum sogar nur 94,15 Proz. Deshalb ist es auch erklärbare, daß die Belohnung auf die 4proz. 15-Millionen-Anleihe der Stadt Köln zu dem verhältnismäßig hohen Begebungskurs von 97½ Proz. so ungünstig ausfiel, daß eines der Bankkontrollen, das die Hälfte der Emission übernahm, nur 2,57 Millionen Mark unterbrachte.“ Der 3½ proz. Typus, der Ende der neunziger Jahre noch die Regel bildete, ist überall verschwunden. 1897 stand, wenigstens für die größeren Städte, dieser Typus bei Emissionen noch über Par. In den letzten Jahren sank selbst bei den 4proz. Anleihen der Emissionskurs: von 101,25 Prozent im Jahre 1897 auf 99,85 Prozent im Jahre 1907 und 94,47 Prozent im Jahre 1912. Im Augenblick sind die Bedingungen, zu denen sich die Banken für die Übernahme neuer Kommunalanleihen bereit erklären, so ungünstig, daß beispielweise Wilmersdorf, Dagebüll und andre Städte ihre Anleihepläne vorerst ganz fallen ließen.

### Rückgang auf dem Eisenmarkt und Arbeitsmarkt.

Doch das Produktionsgebiet trotz alles gesundheitsstrotzenden äußeren Scheins im Innern nicht ganz unangegriffen ist, zeigten wir neulich schon an manchen Erkrankungsscheinungen des Eisenmarktes. Nunmehr wird von fast allen Seiten zugegeben, daß der Abschluß- und Auftagsbestand der Werke merklich zusammenbricht, weil die Abnehmer niedrigere Preise erwarten und nur den nötigen Bedarf momentan decken. „Für die nächsten Monate“ urteilt ein Fachmann des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, „finden die Werke ja noch gut besetzt, doch für den kommenden Herbst und Winter fehlen heute noch die Abschlässe, und da die Werke bei der gestiegenen Produktion sich frühzeitig ein gewisses Quantum sichern wollen, so kann es nicht ausbleiben, daß in den Preisen der nicht syndizierten Produkte, namentlich für Stabeisen, bei neuen Geschäften Abschlässe bewilligt werden.“

Für das Nachlassen der Produktionskonjunktur sprechen selber auch die Biffern des Arbeitsmarktes. Die legten Überblicke betreffend hier den März. Von Februar zu März bringt die Fahrzeit regelmäßige eine Verbesserung; diese ist 1913 zwar nicht aus-

liegt! Gewiß, die Filialvorstände usw. geben sich die redlichste Mühe, das Rauchen in den Versammlungen wenigstens einzuschränken, und sie werden darin von allen ehrlichen Kollegen unterstützt. Aber, halbe Maßnahmen erzielen nur halbe Erfolge, solange man der Unvernunft auf diesem Gebiete glaubt Rechnung tragen zu müssen und — wie die Nähe um den hellen Herbst — sich um ein definitives Verbot des Rauchens in den Versammlungen herumzutüfteln! Es ist traurig, daß dies einmal festgestellt werden muß, aber tatsächlich vollzieht sich die Sache etwa folgendermaßen: Um 9 Uhr abends wird eine Versammlung einberufen, vor 9 oder 10 Uhr aber selten eröffnet. Handelt es sich nun um eine wichtige Versammlung, so sind die Männer lange vor Beginn gesittet! An bezug auf die Cigarner ist sich natürlich niemand zwang auf! Wer dann kurz vor Aufgang der Versammlung den Raum betrifft, glaubt in ein — Nebelmeer geraten zu sein, abgesehen davon, daß die Luft zum Ersticken ist! Dann stellt sich gewöhnlich kurz bevor dem Referenten das Werk eröffnet wird, der Einberufer usw. in der bekannten Pose hin, um ratschlich in der Vereinsidee Redensart zu erläutern: „Es wird ersichtlich, daß Rauchen einzustellen!“ Ja, lieber Himmel was hat denn das jetzt noch für einen Zweck, nachdem der Raum schon längst rauch- und dreckgeschwängert ist?

Erstaunend wirkt es, die Rückzugslochette zu beobachten, in welcher die mit der Gesundheit der Menschen, besonders der älteren befaßten Frauen und Mädchen, die auch der Mediziner gewidmet ist. „Es wird ersichtlich, daß Rauchen einzustellen!“ Ja, man hat häufig den Verdacht, daß die ganze Initiativierung des „Rauchverbots“ nur auf ein bloßes — Komödienspiel hinausläuft, mit dem es seinem Aktion jedoch nicht einmal ernst ist. —

Denfalls sollten es sich die Versammlungsvereine usw. zur unabdinglichen Pflicht machen, das Rauchen während des Aufenthalts in den Versammlungsräumen und nicht nur während der Dauer der Versammlung zu verbieten! Es könnte dies bereits auf den Versammlungseinladungen usw. bekanntgegeben werden, auch einige

## Die Unsitte des Rauchens in den Versammlungen.

Ein eifriger Versammlungsbesuch aller Mitglieder ist im Verbandsinteresse dringend erforderlich. Den weiblichen Mitgliedern ist es aber ganz besonders not, herrscht doch in deren Reihen noch sehr viel Unklarheit und Unwissenheit über unsre wirtschaftlichen Verhältnisse.“

Was soll ich denn in dieser Versammlung, ist es doch vor lauth nicht auszuhalten“, antworten viele Kolleginnen, wenn sie im Besuch einer Ortsgruppen- oder Brancherversammlung aufgefordert werden. Tatsächlich ist auch der Besuch von Versammlungen, in denen geräucht wird, für uns äußerst unangenehm. Der Garrauertuch macht sich fühlbar in den Atmungsorganen und den Augen, er setzt sich in den Kleidern fest und ist noch nach Tagen zu entfernen.

Den ganzen lieben langen Tag müssen wir die schlechte Fraktion einatmen. Unsre Lungen sind doch geschaffen, um reine Luft zu nutzen. Die Luft in den Versammlungsräumen tangt ohnedies nichts. Sie durch Rauchen noch mehr zu verschlechtern ist eine Linde.

Alo Kollegin, die Ihr Euch das starke Geschlecht nennt, zeigt auch wirklich stark. Bringt es fertig, ein paar Stunden das Rauchen bleiben zu lassen. Schont die ohnedies schon genug angetriebenen Lungen Eurer Kolleginnen.

Obige Bitte, die eine Genossin im Organ der Bureauangestellten

n die Männer richtet, wird jeder verstehen und begreiflich finden, er — ohne einen entzückter Raucher zu sein! — Gelegenheit hat, anwendlichen Versammlungen beizutreten! Nur Rauchsanatoren darüber die Achseln zu ziehen. Sehr beachtenswerte Ergänzung ist diesem Thema finden wir in mehreren Gewerkschaftsorganen

die entnehmen Ihnen folgendes zur dringlichen Beherzigung: „Zu unsern vornehmsten und wichtigsten Arbeiterschutzforderungen gehört unsmechlich die Reinhalting der Luft in den Fabrik- und Werkstätten. Aber wie sonst man für genügend gute Luft in den Versammlungslokalen? Man kann sich einer tiefen Einschätzung nicht erwehren, wenn man täglich und ständig wieder wieder konstatieren muß, wie sehr hier noch der Hose im Pfeffer-

gebischen, aber sie war nach dem "Reichsarbeitersblatt" merkbar schwächer und "blieb entschieden hinter denjenigen des Vorjahres zurück". Wir greifen die Fakten verbandssicher heraus. Über die Arbeitslosigkeit im März d. J. berichten 50 Fachverbände mit 2.059.638 Mitgliedern. Von diesen waren im Februarmonat 2.3 Proz. gegen 2.9 Proz. im Februar 1912 arbeitslos. Von Ende Februar bis Ende März findet sich ein starker Abfall der Arbeitslosigkeit statt. Im Vorjahr war er viel stärker als in diesem Jahre, damals sank die Arbeitslosigkeit von 2.9 Proz. zu Ende Februar auf 1.8 Proz. zu Ende März. Die Arbeitslosigkeit vom Ende Marz d. J. erreicht also nahezu den Stand des Februar vorigen Jahres. Speziell für Berlin ist bezeichnend der Märzbericht des Centralvereins für Arbeitsausweis die allgemeine Tendenz als flau; sie habe sich "gegen die Parallelzeit des Vorjahrs verschlechtert"; auf 100 offene Stellen kamen in den Arbeitsnachweisen 177 Männer und 120 Frauen gegen 133 beziehungsweise 101 im März des Jahres 1912.

Berlin, 19. Mai 1913.

Max Schippel.

## Zur Lohnbewegung im Baugewerbe

Die Verhandlungen des Verbandstags der Bauarbeiter haben zwei Tage in Anspruch genommen. Anfangs herrschte unter den Delegierten eine tiefegehende Unzufriedenheit mit den Vorschlägen der Unparteiischen, und besonders die Vorschläge für das rheinisch-westfälische Industriegebiet wurden mit starker innerer Erregung entgegengenommen. Allmählich aber, insbesondere unter dem Eindruck der Ausführungen Paeploys und der übrigen Vorstandsvertreter, machte die Erregung einer ruhigeren Beurteilung Platz. Die Vorschläge der Unparteiischen wurden dann mit 296 gegen 91 Stimmen angenommen. Der Abstimmung lag eine Resolution zugrunde, in der die Annahme der Vorschläge ausgesprochen wird. Zugleich wird darin geagt, daß der Vorstand den Auftrag erhält, gemeinsam mit dem Vorstand des Arbeitgeberbundes zu versuchen, die Unzufriedenheit in den Vorschlägen der Unparteiischen für Rheinland-Westfalen zu befehligen.

Aus dem Bericht des Vorsitzenden Schröder in der jährlichen Diskussion allgemein sehr starke Unzufriedenheit mit den Schiedsprüchen der Unparteiischen zum Ausdruck. Von etwa 40 Diskussionsrednern sprachen nur sehr wenige für Annahme der Schiedsprüche. Nicht nur von den Delegierten aus Rheinland-Westfalen, die guten Grund zur Unzufriedenheit haben, weil sie in den Schiedsprüchen am schlechtesten wegkommen sind, wurden die Schiedsprüche verworfen, sondern auch von Delegierten aus der Provinz Sachsen, aus Schlesien und andern Bezirken. Bielsch kam die Meinung zum Durchbruch, daß die zentralen Verhandlungen wohl für die Unternehmer vorteilhaft seien, daß die Bewegungsfreiheit der Zimmerer aber dadurch örtlich gehemmt werde. Die Resolution des Stuttgarter Verbandstages, die sich für lokale Verhandlungen aussprach, müsse daher stärker beachtet werden. Wenn trotzdem eine starke Mehrheit für die Annahme der Schiedsprüche sich in der Abstimmung ergibt, so war für die Delegierten hierfür bestimmt, daß die Tarifverhandlungen in ihrem Gesamtergebnis einigermaßen beständig sind. Mit 102 gegen 55 Stimmen beschloß der Verbandstag die Annahme der Schiedsprüche.

Das Ergebnis der Schiedsprüche stellt sich wie folgt: Etwa 10 Prozent der Bauarbeiter erhalten eine Lohn erhöhung von 3 Pf., etwa 20 Prozent von 4 Pf., 35 Prozent von 5 Pf. und 33 Prozent von 6 und mehr Pfennigen. Daneben tritt für 52.000 Mitglieder des Bauarbeiterverbands eine Arbeitszeitverkürzung ein. Im Durchschnitt stellt sich die Lohn erhöhung auf 5,11 Pf. pro Stunde. Sie kommt etwa 400.000 baugewerblichen Arbeitern (Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter) zugute. Auch die große Lohnbewegung von 1910 brachte den Bauarbeitern einen ähnlichen Erfolg, jedoch erst nach einem neuwöchigen schweren Kampf. Diesmal war es ihnen möglich, diese Lohn erhöhung ohne Kampf auf dem Wege der Verhandlung zu erreichen. Das ist die Frucht der in den letzten Jahren so eifrig und erfolgreich betriebenen Organisationsarbeit.

Die zentralen Verhandlungen haben auch den Vorteil, daß auch die Bauarbeiter in den ländlichen Gegenden durchwegs mit Lohnzulagen bedacht wurden. Und nun sind mit einem Ruck für hunderttausende von Bauarbeitern die Lohnverhältnisse geregelt. Dies ist besonders vom organisatorischen Standpunkt aus sehr wertvoll. In der Steinindustrie kommen wir beispielweise im 2. Quartal aus den Tarifverhandlungen gar nicht heraus. Bei uns machen sich ferner die vielen separaten Tarife recht lästig bemerkbar. Hier ist es jetzt notwendig, mehr auf Einheitslichkeit zu dringen.

Im allgemeinen gab es auf der Generalversammlung der Bauarbeiter ebenfalls Stimmen, die für die Ablehnung der Schiedsprüche lauteten. Für die Annahme derselben aber plädierte Genoß Winnig, Vorstandsmitglied, mit folgenden treffenden Worten:

„Es hat den Anschein, als ob die Schwierigkeiten bei dem Abschluß unserer Tarifverhandlungen immer wieder würden. Die Erfolge

seiner Zeiten im Verbandstagsbüro mit entsprechender Aufsicht eingestanden werden müssen und werden müssen!“

Auf die Anerkennung kamen viel zur Erreichung dieses Ziels und damit zur Sicherung der Rücksichtnahmen, die darin liegen, einzugehen, wenn sie sich konzentrieren würden, in Versammelungen zu reden, wo das Reden nicht verbieten wird!

Es macht einen komischen Eindruck, wenn man von Fleißigen lebt, deren Arbeit nicht der Betriebsarbeitszeit entspricht und, die oft darüber zu schreien beginnen. Solchen Fällen eines Fleißes kann und darf man nicht folgen — es sei denn, da ist doch wohl die Freude des Dienstes und eines anderen Arbeiters vorzuzeigen, das kann ich in Versammelungen fordern und von dem erzählst will, daß er zweimal soviel arbeitet, um zwischen den Arbeitszeiten aufzutreten, während er in der Betriebsarbeitszeit keine Zeit auf die nächsten Folger zu haben, sowohl für den Redner als auch die Zuhörer kommt.“

Aller Ehre für rücksichtige Versammelungen!

## Eine Erinnerung.

Von einem Alter.

Seit über 30 Jahren sitzt ich und alle Bauarbeiter noch leben — so lange eben noch mit einem Stück von einem Alter fortgetragen. Ich kann sagen, dass ich hier eine kleine Geschichte des alten Steinmeierbaus zum Schluß machen. Versammelungen der Delegierten waren seltsam. Sogar im Februar 1913 in einem kleinen kleinen Saal. Doch eigentlich nicht mehr einer Raufer, der von verschiedenen Parteien redeten, ob die Gelehrten zum Leben, die es verfügen, verhindernden nicht redete, jeder in seinem Leben ist. Nur, ich

unser Bewegungen sind aber nicht leer, sondern größer und bedeutungsvoller geworden. Trotzdem ist das Unlustgefühl bei den Kollegen immer stärker in Erscheinung getreten. Wie ist dies zu erklären? Einmal liegt die Quelle der Unlust in der zentralen Regelung. Die Energie, die früher auf einzelne Kämpfe gelegt wurde, muß nun auf die gesamten Bewegungen ausgewandert werden. Ferner hat die Missstimmung ihre Ursache in der Zurückstellung der örtlichen Organisation. Bei den Mitgliedern herrscht ein Widerwillen gegen den bureaukratischen Einigungskörper, der sich selbst gegen die eigene Leitung richtet. So erklärt sich auch das Misstrauen, das viele Kollegen uns entgegenbringen. Wir müssen die Mitglieder dazu erziehen, das Ergebnis der Lohnbewegung als Ganzes zu bemessen. Ein Drittel aller von der Bewegung erfassten Kollegen erhält eine Lohn erhöhung von 3—4 Pf. pro Stunde, ein starkes Drittel bekommt 5 Pf. und ein schwaches Drittel 6 Pf. und mehr. Das sollte uns bestimmen, dem Ergebnis der Bewegung anzustimmen; es ist zu viel zum ablehnen. Die Kollegen von Rheinland-Westfalen dürfen sich nicht allzu sehr von der Stimmung der Kollegen beeinflussen lassen. Mit Stimmen macht man keine Lohnbewegung. Die Kollegen haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Vorschriften der Organisation nicht gelockert werden. Wir haben im wesentlichen das erreicht, was wir in Dena als anstrebenches Ziel hingestellt haben. Würden wir das Ergebnis ablehnen, dann würden wir uns Organisation nicht nur in grohe Schwierigkeiten, sondern in einen außerordentlich gefährlichen Kampf stürzen. Hier gilt der Grundsatz des kleineren Nobels. Lieber die Unruhe der Kollegen in Haushalt nehmen, als die Organisation in einen Kampf stürzen, für den heute keine richtige Grundlage da ist. Wenn wir heute einen Kampf widerstehen, so sehen Sie darin nicht etwa eine Ablehnung des Kampfes überhaupt. Auch für uns wird wieder einmal die Bewegung kommen, wo die Gegenseite nur durch einen großen Kampf ausgetragen werden können. Aber für solche Kämpfe wollen wir uns doch möglichst günstige Zeit aussuchen. (Schreitig!) Und ich kann mir eine bessere Zeit zum Kampf denken als das Krisenjahr 1913. (Austimmung) Fassen wir uns Entscheidung nicht nur unter dem Eindruck des Augenblicks, sondern seien wir weitsichtig und denken wir auch an die Zukunft. (Austimmung.)

Winnig sprach dann die zum Teil abfälligen Neuerungen über das zentrale Tarifvertragswesen. Die Tarifverträge sind das Ergebnis der Kämpfe. So, wie die Kämpfe unter dem Einfluß der Ergebnisse der zentralen Organisationen immer größer geworden sind und heute einen völlig zentralen Charakter angenommen haben, so ist auch unser Tarifvertragswesen mehr und mehr zentralistisch geworden. So lange wir auf beiden Seiten starke Zentralorganisationen haben, so lange werden wir auch mit zentralen Kämpfen und zentralen Tarifverträgen rechnen müssen. Gewiß hat das zentrale Tarifvertragswesen seine Schattenseiten, aber man darf nicht vergessen, daß das Wesen des Tarifvertrags immer ein Kompromiß ist. Die Diktatur einer einzelnen Gruppe ist mit dem Grundgedanken des Tarifvertrags unvereinbar. Man muß auch ein Auge für das Große im zentralen Tarifwesen haben. An Stelle der früheren Anarchie im Gewerbe ist heute eine großzügige Regelung getreten, die das Gewerbe bis in den kleinsten Ort ergriffen hat. Es kann nicht unsre Aufgabe sein, der Entwicklung zu widerstreben, sondern wir müssen trachten, das Werden in unserm Sinne zu beeinflussen. (Lebhafte Beifall.)

Als die Delegierten der Verbandstage der Bauarbeiter und der Zimmerer nach langen Beratungen schweren Herzens ihre Zustimmung zu den Schiedsprüchen der Unparteiischen gaben, rechneten sie sicher nicht mit der Möglichkeit, daß der Unternehmerverband die Vorschläge ablehnen könnte, um eine Situation zu schaffen, wie sie 1910 im Baugewerbe bestand. Doch das Unerwartete ist eingetreten. Zwar haben die Unternehmer die Vorschläge nicht direkt abgelehnt, sie stellen aber solche erschwerende Bedingungen, daß der Einstieg im Baugewerbe neue Schwierigkeiten bereitet wurden. Die Generalversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hat vorigen Donnerstag nachfolgenden Beschluss gefasst:

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe nimmt den von den Herren Unparteiischen vorgeschlagenen Reichstarifvertrag, bestehend aus 1. Hauptvertrag, 2. Vertragsmuster, 3. Sonstige Einigungsvorschläge — an, ebenso auch die Vorschläge der Unparteiischen vom 1. Mai 1913, beides unter der Bedingung:

1. daß auch die Arbeiterzentralverbände diesen Reichstarifvertrag in allen drei Teilen sowie die Vorschläge vom 1. Mai unverändert annehmen;
2. daß die tarifliche Regelung des Betongewerbes in der am 1. Mai vereinbarten Weise am 16. Mai erfolgt und daß im Falle der Nichteinigung beide Parteien sich dem Schiedspruch der Unparteiischen unterwerfen;
3. daß nicht nur die Zugeständnisse, die von den Arbeitgebern bisher bedingungslos gemacht worden sind, ihre Gültigkeit behalten, sondern daß das Gleiche auch von den bisher geschafften Zugeständnissen der Arbeitnehmer gilt.

Die am 6. Mai von den Unparteiischen vorgenommenen Änderungen an ihren Vorschlägen vom 1. Mai ist der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe nicht in der Lage anzuerkennen, weil sie ohne Anhörung der Verhandlungskommission der Arbeitgeber zustande gekommen sind.

Nach Unterzeichnung des Reichstarifvertrags durch die Vertragsparteien werden die Lohn erhöhungen rückwirkend ab 2. Mai gezahlt, inzwischen haben, wie bereits vereinbart, die alten Verträge in Kraft zu bleiben.

Ende Beitrags Popp.

Damit stellten die Bauunternehmer geradezu neue Bedingungen für den Abschluß der Tarifverhandlungen. Es ist zweifellos, daß, wenn diese Bedingungen der Bau-

unternehmer auf dem Verbandstag der Bauarbeiter und Zimmerer bekannt geworden wären, die Schiedsprüche der Unparteiischen eine "Erhöhung erfahren hätten. Die Änderungen vom 6. Mai, auf die sich die Unternehmer beziehen, sind materiell von gar keiner Bedeutung; sie ändern die Lohn erhöhungen in der dreijährigen Tarifdauer nicht, sondern lassen für wenige Orte die Lohn erhöhung nur im ersten Jahr schneller steigen, um sie dafür etwa im dritten Jahre wieder zu lassen. Die Bedingung aber, die jetzt Unterzeichnung des Tarifvertrags, die Lohn erhöhung gezahlt werden soll, würde für viele Bauarbeiter eine direkte Schädigung bedeuten, da bis zur Unterzeichnung des Vertrags noch eine Zeit vergehen wird, inzwischen manche Bauarbeiter ihre Arbeitsplätze gewechselt haben und somit nicht in den Genuss der Lohn erhöhung schon vom 2. Mai an kommen würden.

Auch der Unparteiische, Magistratsrat v. Schulz, ist der Meinung, daß die geringen Änderungen vom 6. Mai keine neuen Vorschläge bedeuten, die Unternehmer somit gar kein Recht hätten, sie abzulehnen.

Am Sonnabend erstattete Reichstagsabg. Silber-

schmidt Bericht über die Unterredung mit dem Vorsitzenden des Arbeitgeberbundes, die am Freitag nachmittag in Leipzig stattfand. Das Ergebnis der Unterredung war: Der Vorsitzende des Arbeitgeberbundes wird dafür sorgen, daß die durch den Schiedspruch der Unparteiischen vom 1. Mai festgestellten sowie die schon vorher vereinbarten Lohn erhöhungen ab 2. Mai nachgezahlt werden. Wegen der Änderungen, welche die Unparteiischen am 6. Mai an ihren Feststellungen vom 1. Mai machten, wollen die Unternehmer nochmals mit den Unparteiischen verhandeln. Die Vertreter der beiden Arbeiterverbände erklärten, sie würden sich, wenn sie von den Unparteiischen eingeladen werden, an der Besprechung beteiligen. Verhandlungen über diesen Punkt könne es für die Arbeitnehmer nicht mehr geben. Es werde Sache der Unparteiischen sein, den Unternehmern klar zu machen, daß sie am 6. Mai nur Berichtigungen, aber keine Änderungen an ihren Vorschlägen vom 1. Mai vorgenommen haben. Die Vertreter der beiden Arbeiterverbände seien durch die Erklärungen des Vorstandes des Arbeitgeberbundes bestreift. Es kommt jetzt darauf an, daß in den Reihen der Kollegen in den nächsten Wochen keine Unsonnenheiten begangen werden, die von den Unternehmern ausgenutzt werden könnten.

Der Verbandstag nahm den Bericht ohne Diskussion entgegen. Damit wurde zum Ausdruck gebracht, daß man allseitig der Meinung ist, daß die Lohnbewegung, abgesehen von einigen Kleinigkeiten, als beendet anzusehen ist.

## Steinausschreibungen.

Postbaubureau in Kiel. Steinmearbeiten in Muschelkalkstein zum Posthausneubau in Sonderburg.

Magistrat in Lüttich. Los 1, 4000 Quadratmeter Kopfsteine, Los 2, 2000 Quadratmeter Poligonalesteine, Los 3, 800 Meter Vordächselwellen, Los 4, 8000 Meter rohe Bordsteine, Los 5, 400 Kubikmeter Mooskieselsteine, Los 6, 8000 Stück Klinker, Los 7, 600 Quadratmeter Granitoldfliesen, Los 8, 1000 Quadratmeter Kleinpflastersteine.

Groß-, Wasser- und Straßenbau-Inspektion in Karlsruhe. Zur Herstellung von Straßenpflaster auf der Landstraße Nr. 13 in der Stadt Durlach. Lieferung von 185.000 Stück Pflastersteinen aus feinkörnigem Granit in 2 Losen.

Postbaubureau in Dresden-L. Sandsteinarbeiten, ca. 220 Kubikmeter zum Postneubau auf dem Postgrundstück zu Dresden-L. Bischofsstraße 8.

Lgl. Eisenbahnbetriebamt in Burgsteinfurt. Lieferung von 3400 Quadratmeter Kopfplastersteinen zu Neu pflasterungen auf dem Bahnhof Gronau.

Lgl. Eisenbahnbetriebamt 6 in Berlin N. 4. 265 Tonnen Granitpflastersteine 3. Klasse — Kleinensteine — für den Verschleißbahnhof Pankow.

Stadt. Hochbauamt in Mannheim. Für den Neubau des Krankenhauses: Vollaltavaarbeiten (Steinmearbeiten).

Bauleitung in Halle a. S. Steinmearbeiten zum Um- und Erweiterungsbau des Hauptpostgebäudes.

Hochbauamt in Leipzig. Granitarbeiten zum Neubau eines Wohnhauses und einer Samariterwache, Leipziger Straße 4. Arbeitsverzeichnung basalfest.

Stadt. Tiefbauamt in Mainz. Lieferung von 300 Kubikmetern Mosaiksteine für die Befestigung von Gehwegen in der Stadt Mainz.

Postbaubureau in Bremen (Boden). Los 1, Granitarbeiten (Stufen, Schwelle, Bordsteine) zum Posthausneubau in Bremen.

Lgl. Eisenbahnbauabteilung in Neuß. Zur Herstellung der Straßenbelagung einschl. Lieferung der Materialien für die Rampe der Düsseldorf Straße am Bahnhof Neuß; 1000 Quadratmeter Steinpflaster und 400 Meter Vordäne.

Kreisbauamt in Tarnowitz. Zur Pflasterung der Dorfstraße in Bobrownik, Kreis Tarnowitz: 905,20 Meter roh gehärtete Granitbordsteine, 1865,52 Quadratmeter Granitkleinpflastersteine 1. Klasse.

Stadt. Tiefbauamt in Karlsruhe. 150 Tonnen Mosaikpflastersteine.

Einsatz. In einem besseren Total handelt die Feier statt und es nahmen sämtliche, etwa 25, Kollegen teil. Alle wurden mit Braten und gutem Essen regaliert. Reden wurden gehalten, Bilder gezeigt von den großen Steinmeierherrlichkeiten. „Wo kommen Kirchen und Schlösser noch viel mehr.“ Ein unvergleichlich großes Bier brachte die richtige Stimmung hervor. Nach Mitternacht, vielleicht um 2—3 Uhr, hatte uns der „Geist“ vereinigt. Feierliche Worte wurden gesprochen — Freuden der Freude los. Zum Schluss kamen noch einige „Wohltäter“, nun wurde Wein getrunken. Diese Wohltäter unter uns hatten wir anfangs gar nicht bemerkt — sie waren erst aufgetaut, nachdem das Bier zur Reige ging. Das Fest und seine Teilnehmer vertrümelten sich nach und nach, als es zu Beginn begann.

Draußen prangte die Natur im Frühlingsskleide, aber nicht für uns. Der Wein von unseren Wohltätern, wahrscheinlich Eissiggeschoss, war durchaus köstlich und drohte zu zerbröckeln. Es war eine vollständige Vergiftung. Heute nach 95 Jahren habe ich die Kopfschmerzen jenes Pfingsttages noch nicht vergessen. Unsere drei „Junggesellen“, die im wesentlichen die ganze Woche hatten bezahlen müssen, taten mit Leib. Bissher hatten sie wenig verdient, und nun muhten sie mehrere Wochen erst arbeiten, um ihr „Freimeiden“ bezahlen zu können — das ging mit im Kopfe herum. Seit jener Zeit bin ich nie ein richtiger Verehrer des Saufens gewesen, trotzdem war ich gesellschaftlich nie ein Spieler oder Verlierer. Es würde mir schlecht ansehen, wollte ich heute, nachdem ich seit circa 10 Jahren vollständig ohne alkoholische Getränke lebe, den Moralprediger spielen, aber bedauern tut ich es doch, daß die Aussicht in dieser Richtung so langsam vor sich geht. Der Höldlin von den trinkfreien Deutschen findet leider bis heute unter den Steinmeierern noch zahlreiche und begeisterte Anhänger.

Die Philosophie der Wirtschaftlichkeit: saust stirbt — saust nicht stirbt o, wird noch manchen Blechschädel erzeugen. A. Sch.

von dem rollenden Sande und Geröll erfaßt und mit großer Gewalt auf eine am Boden liegende Blinde gedrückt. Mehrere Rippen wurden ihm gebrochen und die inneren Organe derart schwer verletzt, daß schon eine halbe Stunde später der Tod eintrat. Den beiden Angeklagten wurde nun zur Haft gelegt, sie hätten es an der nötigen Rücksicht fehlen lassen und durch Fahrlässigkeit daher den Tod des Schneiders verschuldet. Nach dem Enttäschten des Sachverständigen hätte der überhängende Stein und verschleudenes Geröll zu entfernen gewesen müssen, bevor man davon ging, den großen Block zu lösen. Bei einiger Aufmerksamkeit hätten sie finden müssen, daß der obere Block lose lag und an der schrägen Felswand leicht abrutschen konnte. Die Angeklagten bestreiten, fahrlässig gehandelt zu haben. Nach den Befundungen der Arbeiter soll stets mit größter Vorsicht gearbeitet worden sein. Den Unfall hier hätte auch der erfahrene Steinbrecher nicht vorhersehen können. Das Gericht gelangt indessen auf

des Protolls über die vom Elbgericht vorgenommene Entscheidung zu der Feststellung, daß die Angeklagten wenigstens an dem Unglücksfälle fahrlässig gehandelt haben. Der Fall liegt aber immerhin milde, so daß eine verhältnismäßig geringe Strafe zu dessen Sühne ausreicht. Das Urteil lautete auf je eine Woche Gefängnis.

Die Steinarbeiter werden nicht begreifen können, daß das Urteil so milde aussieht. Wenn Arbeiter vor Gericht stehen, wegen Streikpostenstehens usw., dann kommt man ihnen wegen einer willkürlichen Gesetzesauslegung absolut nicht entgegen. —

## Große Plastersteinvergebungen in Berlin.

Der Berliner Magistrat veröffentlicht nachfolgende Bekanntmachung:

**Bekanntmachung:** Die Lieferung der zu den Plastersteinen im Staatsjahr 1913 bzw. 1914 erforderlichen Plastersteine soll im Wege des öffentlichen Ausschreibens vergeben werden.

Schriftliche Angebote über die Gesamtlieferung oder eines näher zu bezeichnenden Teils derselben sind mit Namensunterchrift im Umschlag verschlossen mit der Aufschrift:

Angebot an Plastersteine spätestens bis zum Donnerstag, den 22. Mai b. J., mittags 12 Uhr, an den unterzeichneten Plastersteinkurat Lasser, Berlin, Alexanderplatz 4, einzureichen.

Es sind zu liefern:

- a) bis zum 1. September 1913 10 000 Quadratmeter Plaster von 15/16 Zentimeter Höhe und einer Fläche von vier Fünftel der Kopfhöhe (Steine 2. Klasse).
- b) bis zum 1. Dezember 1913 10 000 Quadratmeter Plaster von 15/16 Zentimeter Höhe und einer Fläche von vier Fünftel der Kopfhöhe (Steine 2. Klasse).
- c) bis zum 1. Juni 1914 18 000 Quadratmeter Plaster von 15/16 Zentimeter Höhe und einer Fläche von vier Fünftel der Kopfhöhe (Steine 2. Klasse).

In den Preisangeboten sind über die Beschaffenheit des Steinmaterials, über die Lage der Steinbrüche und der diesen zunächst liegenden Versandstationen genaue Angaben zu machen. Wird beobachtet, ein Material zu liefern, welches bisher hierorts nicht zugelassen war, so sind amtliche Prüfungsattest und Proben dem Angebot beizufügen.

Preisangebote, welche die Lieferung geringerer Mengen als 2000 Quadratmeter beweisen, haben keinerlei Anspruch auf Berücksichtigung. Lieferanten können zunächst zu Probeleferungen, deren nähere Bedingungen vorbehalten bleiben, zugelassen werden.

Die allgemeinen Vertragsbedingungen, sowie die besonderen Bedingungen können vom Eisenbaurat IV, Berlin, Alexanderplatz 4, festgestellt bezogen werden.

Auf die Vergabe dieser großen Steinquanten sind wir einigermaßen gespannt. Bisher wurde in Berlin mit Vorliebe schwedisches Material verwandt. Die Gründe, die die Stadtverwaltung dazu veranlaßten, sind uns bisher nicht bekannt geworden. Wir müssen allerdings als Arbeiter verlangen, daß die Haupt- und Residenzstadt Berlin, wenn irgend möglich, bei der Vergabe der Lieferung deutsches Material heranzieht und dabei nur solche Firmen berücksichtigt, die mit den Steinarbeitern Tarife abgeschlossen haben. — Wir werden die Vergabe im Auge behalten und darüber im "Steinarbeiter" berichten. Nach unserer Meinung ist die deutsche Industrie leicht in der Lage, den gewünschten Bedarf decken zu können. Unter den Steinarbeitern hat es schon längst Bewegungen erzeugt, daß Berlin zum überwiegenden Teil nur schwedisches Material verwendet.

## Korrespondenzen.

**Beucha.** (Ehrliche Kampfesweise.) Schon des öfteren hatten wir Gelegenheit, im "Steinarbeiter" die sogenannte ehrliche, wahrheitsliebende Kampfesweise der Brüder in Christo zu beleuchten. In Nr. 10 der "Keram- und Steinarbeiterzeitung" bringt Baumgart einen Bericht, Überschriften: Sozialdemokratien als Saalabtreiber! In diesem Bericht scheint dieser unentwegte Kämpfer den Nachweis führen zu wollen, daß er für den christlichen Keram- und Steinarbeiterverband unerschöpflich ist. Herr Baumgart erstickt förmlich in ehrlich-nationaler Gesinnung, und seine Berichte weisen Erfolg über Erfolg auf. Mit Haut und Haren verschlingt er wieder in seinem Berichte einen sozialdemokratischen Vertretermann, weil dieser ihn terroristisiert habe, indem er den Wirt in Kleinsteinberg verauflaßt habe, seinen Saal nicht freizugeben zu einer von Herrn Baumgart abzuhaltenen Versammlung. Wir können Herrn Baumgart nachfühlen, daß es ihm bitter weh getan hat, daß er den Saal nicht bekam, um seine Versammlung abzuhalten. Er schreibt ja selbst: "Unsere Kollegen waren bis auf einige erschienen." Hätte es sich nicht, des Erfolges halber, besser gemacht, wenn gleich die Zahl der Erschienenen, "unsrer Kollegen" angegeben wurde? Oder hätte man sich da blamiert? Unter einem Saal versteht man doch einen großen Raum, und wenn man einen großen Raum benötigt, dann rechnet man doch auch damit, daß dieser besetzt wird. In der Tat, die Kollegen des Herrn Baumgart waren bis auf einige erschienen, also ziemlich vollzählig waren sie da, wohl 3 oder 6 Mann, sollen es gewesen sein, aber waren es nur 3 oder 4, dann nach dem Bericht ist es anzunehmen, weil ja 2 erst die Kollektivität des Herrn Baumgart erwähnen. Aber trotz des Terrorzums der "Genossen" konnte die Versammlung stattfinden, denn ein Kollege stellte bereitwillig seine Wohnung zur Verfügung. Wieviel in dieser "Versammlung" Note verpeist worden sind, wissen wir leider nicht. Zum Bericht des Herrn Baumgart selbst bemerkten wir: Die Zeitung unserer Zahlstelle legt der Person des Herrn Baumgart nicht so viel Wert bei, um ihn bei seinen "Gästen" zu entmunden. Wir bedauern nur, um mit Herrn Fromm zu reden, daß die von den Mitgliedern des Keram- und Steinarbeiterverbands geleisteten Beiträge nicht besser angewendet werden, als zu zwecken Neien. Folglos werden diese Neien des Baumgart auch für die Zukunft in Beucha nicht haben. Zu der Behauptung des Herrn Baumgart, ein sozialdemokratischer Vertretermann habe den Wirt Herrn Martersteig in Kleinsteinberg verauflaßt, seinen Saal nicht zur Verfügung zu stellen an dieser Versammlung, erläutern wir, daß ein Mitglied unserer Zahlstellenverwaltung überhaupt nicht anwesend war, viel weniger noch ein Vertretermann. Die Behauptung des Herrn Baumgart ist somit erfunden und erläutern wir, daß solange als einen Verbreiter von illegitimen Nachrichten, bis er für seine Behauptung den Beweis erbringt. Die Verwaltung der Zahlstelle Beucha. Albert Schlegel, Vor.

**Demitz (Vausis).** Am 4. Mai fand hier unsere Mitgliederversammlung statt. Der Bericht war jedoch ein recht mangelhafter. Zum ersten Punkt gab Kollege Beyer die Abrechnung vom ersten Quartal bekannt. Die Einnahme betrug 10.030 M. Demgegenüber stand eine Ausgabe von 6300.96 M. Es verblieb ein Rohrabstand von 4630.04 M. In Krankenunterstützung wurde im 1. Quartal die Summe von 1216.50 M. bezahlt. Dies möchte von den Kollegen

besonders berücksichtigt werden. Unsre Mitgliederzahl könnte auch im 1. Quartal wesentlich gefordert werden. 62 neue Aufnahmen sind zu verzeichnen, so daß durch die Verschmelzung mit Bischofsgrünbauma untere Mitgliederzahl 1109 beträgt. Unsre Mitgliederzahl rangiert somit hinter den Zahlstellen Dresden-Pirna und Striegau. Dem Kaiserer wurde Entlastung erteilt. Einer Veröffentlichung der Restanten wurde zugestimmt. Zum zweiten Punkt hielt der Vorsitzende einen Vortrag über die Volkssicherung. Es wies darauf hin, welchen gewaltigen Nutzen unsre kapitalistischen Versicherungen aller Art von den Versicherten bezogen hätten und wie die Millionen zur Verminderung gelangten. Unter Agitation wurde auch Bezug auf die Bezirkskonferenz in Demitz genommen und einige diesbezügliche Anregungen zur Werbung von Mitgliedern ergeben. Die Christlichen können trotz aller Kraftanstrengung im heutigen Gebiete nicht vorwärts kommen. Die Herrschaften hatten es sich sicherlich leichter vorgestellt. Die Laubhütte Steinarbeiter lassen sich aber nicht so ohne weiteres vor den Zentrumswagen spannen. Des Weiteren wurde angeregt, die Internationale Kaufhausausstellung in Leipzig zu besuchen. Die Versammlung beauftragte hierzu den Vorsitzenden, eingehende Informationen aus Leipzig einzuholen. Hoffentlich nimmt ein großer Teil der Kollegen an dieser Informationsfahrt teil.

**Ebelsbach u. Umg.** Zur Arbeitsniederlegung in Ebelsbach, Bell und dem Steigerwald ist folgendes zu berichten. Wir sind seit Freitag, den 2. Mai, in den Streik getreten, was in Kurz berichtet wurde. Am 5. Mai fand in Ebelsbach von beiden Verbänden eine Versammlung statt, welche überfüllt war. Kollege Vothe schilderte in kurzen Worten die Entstehung des von den Unternehmern aufgezwungenen Kampfes und ermahnte die Kollegen, auszuhalten, kann es kommen wie es mag. Einige Herren Unternehmer haben Spur daran, zu sagen, sie brauchen überhaupt keine Steinmengen mehr. Immer die alte Ausrede. Man sucht dann alles zusammen, was nur eintigermaßen sprühen kann, ja sogar frühere Maschinengeräte müssen Steine anstrengen. Wenn ein Steinmeister dasselbe Stück machen würde, so würde man ihn als Faulenzer bezeichnen, was ja jedenfalls jetzt bei diesen Raubstreikern nicht der Fall sein wird. Wir hoffen aber, daß für spätere Zeiten uns solche Sachen nicht mehr belästigen, denn es mag ja sein, daß man jetzt notwendig Steine braucht. Wir müssen konstatieren, daß der Kampf, so einstellig wie er begonnen, auch zu Ende geführt wird, um eine Regelung der Arbeitsbedingungen herzustellen. Wenn auch einige Firmen sich sehr tollständig äußern. Die Meinung der Kollegenschaft ist die, wenns an dem ist, so hätten die Steinmeister nicht zum äußersten Mittel greifen müssen. Wir appellieren an die gesamte Arbeiterschaft, uns in diesem Kampf die nötige Unterstützung zu teilen werden zu lassen, denn, was andre Gegenden von Deutschland schon haben, wollen auch wir erstrebten. Bezug nach hier ist streng fernzuhalten.

**Gebweiler.** Am 5. Mai fand im Lokal Wel unsre Monatsversammlung statt. Der Vorsitzende berichtete zuerst, daß die Versammlung vom vorigen Monat nicht stattfinden konnte. Zu Punkt 1 verlas der Schriftführer das Protoll, welches für richtig befunden wurde. Zum 2. Punkt erstattete Kollege Tosco den Kartellbericht. Er preiste in kurzen Worten die Notwendigkeit der Volkssicherung und betonte, daß die Vorarbeiten von Seiten des Gewerkschaftsbarrières schon ziemlich weit vorgezeichnet sind. Zu bedauern ist es, daß sich der Konsumverein Gebweiler an dem menschenswerten Unternehmen nicht beteiligen will. Sodann gab der Kassierer die Quartalsabrechnung bekannt. Die Einnahmen betrugen 212.54 M., die Ausgaben 58.98 M., bleibt Kassenbestand 155.56 M. Dem Kassierer wurde, da Kasse und Bilcher in Ordnung befinden, Entlastung erteilt. Es wurde noch der Antrag gestellt, daß die rüstständigen Beitragszahler gestrichen werden sollten, worauf die Kollegen Bertini, Lenz und Meier gestrichen wurden. Zum Schluss wurde noch Kritik über den Werkplatz Preider gestellt, bei welchem die Arbeitszeit für Sandsteinhauer 10 Stunden und öfters mehr beträgt.

**Hauswalde (Rauch).** Am Sonntag, den 4. Mai, fand unsere Mitgliederversammlung in Mühlendorf statt. Infolge der wichtigen und reichhaltigen Tagesordnung ließ jedoch der Besuch zu wünschen übrig. Auch in unserer Zahlstelle gibt es Kollegen, die es nicht für nötig halten, die Versammlungen zu besuchen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erhielt Samtagsabgeordneter Vinko das Wort. In seinem Referat erläuterte er den Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsbarriere. Dann gab der Kassierer die Abrechnung vom ersten Quartal bekannt. Die Einnahmen betrugen 689.04 M. und die Ausgabe 322.40 M. Da Bilcher und Kasse in Ordnung befinden waren, wurde der Kassierer entlastet. Der Bericht von der Bezirkssammlung in Demitz wurde vom Kollegen Haase erstattet und vom Vorsitzenden ergänzt. Den Bericht vom Gewerkschaftsbarrieren gab Kollege Hanisch. Hierauf Schlüß der Versammlung.

**Hemsbach (an der Bergstraße).** Am 11. Mai tagte in Oberlaudenbach im Lokal zur Krone eine Steinarbeiterversammlung, die von sämtlichen dort beschäftigten Kollegen besucht war. Kollege Weidenhammer erläuterte in ausführlicher Weise das Statut. Hauptförmlich ging er auf die internationales Bedingungen ein, denn die dortigen Kollegen sind zum größten Teil Reichsdeutsche. Eine längere Diskussion ekippt sich über die Reiseunterstützung. Mehrere Kollegen, die im Besitz schweizerischer Reisekarten waren, wollten sich nicht überzeugen lassen, daß dieselben nach Übertritt der Grenze in der ersten erreichbaren Zahlstelle abzuliefern sind. Sie erhalten laut Absatz 4 der internationalen Bedingungen 1 Frank und eine neue Reisekarte. Weiter erhalten sie die Reiseunterstützung in der Höhe, wie sie in ihrem vorherigen Statut vorgesehen ist. Neuauflagen konnten vier gemacht werden. Somit sind alle dort wohnhaften und beschäftigten Kollegen dem Steinarbeiterverband angehlossen. Mögen die anderen Orte unserer Zahlstelle diesen Beispiel folgen. Zugleich gibt Weidenhammer noch bekannt, daß sich die Zahlstelle Hemsbach ab 1. Mai dem Gewerkschaftsbarrieren Weinheim anschließt hat. Es ist demnach ein Kartellbeitrag in der Höhe von 2½ Pf. jede Woche zu leisten. Nachdem noch verschiedene Platzangelegenheiten ihre Erledigung fanden, erfolgte Schlüß der Versammlung. Wir machen die Kollegen der Zahlstelle noch besonders darauf aufmerksam, daß wir am Sonnabend, den 24. Mai, gemeinsam mit dem Sozialdemokratischen Verein das 50jährige Partei jubiläum feiern. Beginn ½ 9 Uhr abends im Lokal Notes Kreuz in Hemsbach. Kollegen, erscheint zahlreich zu dieser Feier.

**Wiesbaden (Unterfranken).** Am 9. Mai fand hier eine Versammlung statt. Da die neuen Tarife zur Ausstellung kamen, so beschäftigten sich die Anwesenden speziell mit Tarifangelegenheiten. Der Tarif war nicht recht in unsern Händen, als schon die Streitigkeiten bei ganz klaren Positionen angingen. Wir könnten den Unternehmern nur raten, bei der neuen Vorlage nicht so viel Hintertreppenpolitik zu treiben, da wir diesmal gewonnen sind, mit ganz andern Mitteln vorzugehen als in letzter Zeit. Ferner wurde im Punkt 2, örtliche Angelegenheiten, eine lebhafte Debatte geführt. Es handelte sich nämlich um die Einstellungweise der hiesigen Firmen, hauptsächlich bei der Firma Schilling, deren Geschäftsführer Stahl und Werkmeister Schmitt sich auf den Standpunkt stellten, nur einzustellen wer ihnen gehört. So haben sie sehr schon fünf Familienräte schwarz gestellt, einer davon ein altes Tarifkommissionssmitglied. Wenn dieser Fall noch einmal vorkommen sollte, so würden wir geswungen, die Sperrre zu verhängen. Die Nachwiedereinführung unsres Kollegen hat unter den Anwesenden große Entrüstung hervorgerufen.

**Ren-Gunnerdorff.** Am 6. Mai kam es zu einer Arbeitsniederlegung bei der Firma G. Lebde, Grüne Steinwerke Nieder-Gunnerdorff, und ist dieselbe aus folgenden Ursachen entstanden: Im Winter wurde den Brüdern der Stundenlohn von 35 und 32 Pf. auf 30 Pfennig reduziert; um die alte Höhe wiederherzurufen, wurde eine Kommission vorstellig, aber abzüglich beschieden. Diese brechte die Fertigung in die Nischen der Arbeiter. Es sollte aber noch anders kommen. Am 5. Mai sollten bei strömendem Regen die Brüder, die infolge der Witterung in der Frühstückshütte saßen, helfen. Forderungen laden; der Werkmeister mache über einen naß hast. Da die Arbeiter schon durch und durch naß waren, gingen

sie nach Hause und diese sechs hatte sich nun der Herr Betriebsleiter vor sich aussetzen, um seine Macht zu beweisen, hatte aber die Rednung ohne die übrigen Arbeiter gemacht; sie erkärteten sich mit den sechs solidarisch. Der Betriebsleiter wurde sofort benachrichtigt und unterhandelte mit dem Betriebsleiter ohne jeglichen Erfolg. Es wurde beschlossen, in den Streik zu treten; nachdem eine Kommission nochmals vorstellig wurde. Wir bitten die Kollegen, uns in unserm aufgezwungenen Kampfe zu unterstützen, zumal wir eine junge Zahlstelle sind und es wahrscheinlich auf uns Bezeichnung abgeschaut war. Hauptförmlich bitten wir die Kollegen von Ebersbach und Wiesa, ja einen wachsamen Auge darauf zu haben, ob Steinkreuzungen für die Firma F. Lebde abgehen, und sich dann eventuell mit uns solidarisch erklären. Vor allem ist Bezug streng fernzuhalten.

**Pirna (Elbe).** Am 7. Mai fand im Gasthof zum grauen Storch in Mockethal eine Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Seidel berichtete über den gegenwärtigen Streik. Dieser wurde zuerst bei der Firma Schrederbach u. Schulze, G. m. b. H., am 19. April unternommen, weil die Firma sich beharrlich weigerte, den mit dem Unternehmerverband für den 1. April b. J. abgeschlossenen Tarif anzuerkennen. Am Sonnabend, den 3. Mai, haben nur die Firmen Elblandsteinindustrie Altengesellschaft in ihren Betrieben an der Elbe und in Königstein sowie die Firma Gehriger Israel, Inhaber Hagen und Hanke, durch Auftrag beauftragt gegeben, daß vom Montag, den 5. Mai an, für Steinbrecher nicht mehr nach dem neuen, am 1. April in Kraft getretenen Tarif bezahlt wird, sondern daß die Bezahlung nach dem alten Tarif solange erfolgen soll, bis durch Verhandeln ein nach ihrer Meinung den Verhältnissen an der Elbe besser angepaßter Tarif zustande gekommen ist. Ein Ausgleich, falls der spätere Tarif höher werden sollte, würde dann nach Fertigstellung erfolgen. (2) Für die Hilfsarbeiter wollen die Firmen die am 1. April in Kraft getretenen Sätze weiterbezahlen. Hierbei soll aber gleich mit gelöst sein, daß den Hilfsarbeiter nicht allen der tariflichen Lohn, wie die Unternehmer beim Abschluß versprochen haben, gezahlt werden ist. Die Steinbrecher haben deshalb, weil sie nicht willens sind, den vor reichlich oder Wochen erst in Kraft getretener Tarif durchzubrechen zu lassen, in den Betrieben der Altengesellschaft und bei Gebrüder Israel am 5. d. M. die Arbeit niedergelegt. Die Hilfsarbeiter haben ebenfalls am Dienstag, den 8. Mai, als Solidarität in allen befreiten Betrieben aufgehört. Nur einige alte Arbeiter (Invaliden) sind im Betrieb der Gebrüder Israel geblieben. Doch kann mit diesen Leuten der Betrieb nicht aufrechterhalten werden. Ein Antrag, von den Kollegen des Israel'schen Betriebs in Mühlendorf zu verlangen, sich mit ihren Kollegen an der Elbe solidarisch zu erklären, wurde einstimmig angenommen. Gleichzeitig wurde beschlossen, falls in den Betrieben der Alten Posta, Lohmen und Liebethal Arbeiten für die bestreikten Firmen ausgegeben werden sollten, diese zu vorweisen. Dem Unternehmerverband für das Postaer Gebiet ist dieser Abschluß zu unterbreiten, und darf nichts wohl erwartet werden, daß dieser den Firmen, die den Tarif durchbrechen, nicht noch Vorschub leistet.

**Tiefenbach.** Im Kreise Gabern i. El. existiert eine alteingesessene umfangreiche Steinindustrie. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind die denkbare traurigsten. Das durch den Steinarbeiterverband anderwärts fast überall bestellte "wilde Arbeitsmarkt" steht hier noch in voller Blüte und ößner der Unternehmerwillkür ist. In einem ausschreitenden Prozeß vor dem Durlinger Amtsgericht wurden schauderhafte Zustände in bezug auf das Kantinenwesen aufgedeckt. Wer am meisten alkoholische Getränke konsumiert, ist am besten angesehen und erhält bessere Arbeiten. In keinem Gebiete Deutschlands haben sich Missstände so gräßiger Natur und in so umfangreichem Maße erhalten können. Zahllose Versuche des Centralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands, die dortigen Arbeiter der Organisation zuzuführen und dadurch die Missstände zu beseitigen, sind immer noch nach teilweise erlöschenden Anfängen vergleichsweise gewesen.immer wieder verstanden es die Unternehmer, die Organisation zu sprengen. Begonnen mit Gebrüder, Gründung ungefährlicher "Fachvereine", bis zur brutalen Entlassung und Aussperrung, sind alle Mittel angewendet worden, um den Einzug der Organisation zu hinterziehen. Führer im Kampf gegen die Organisation war der Unternehmer Rauscher in Tiefenbach. Die Bujipfung der Verhältnisse hat es nun endlich in diesem Jahre soweit gebracht, daß trotz aller Drohungen sich etwa 200 Steinarbeiter dem Verband angeschlossen haben. Ein Erfolg, der allen bisherigen Bemühungen noch nicht beichselte. Der Geist und die Energie, von dem die diesmalige Bemühung getragen war, beweist, daß es sich nicht wieder um eine augenblickliche Stimmung handelt, sondern daß die innere Überzeugung von der Unhaltbarkeit der Zustände mit eiserner Notwendigkeit zum Durchbruch gekommen war. Dass der Unterdrückungsstaat in Tiefenbach auch diesmal der Entwicklung der Organisation nicht gleichgültig zusehen wird, war für den Einwohner eigentlich selbstverständlich. Rauscher als Unterdrücker aller freiheitlichen Bestrebungen der Arbeiter weiter, oder aber die Organisationsbestrebungen der Arbeiter zur Befreiung aller vielen Missstände in wirtschaftlicher, gesundheitlicher und politischer Beziehung bahnen sich eine. Wenn der sich entwickelnde Kampf zur Machtfrage ausartet, so ist es nicht die Schuld der Arbeiterschaft, sondern desjenigen, der bis jetzt jede freiheitliche Regung unterdrückt und bestrafen, die diesen dabei unterdrückt. Es wird versucht, in Baden, Württemberg und in der Pfalz Steinarbeiter anzuwerben. Keiner werde zum Verräter!

## Rundschau.

Die "Neutralität" einer christlichen Gewerkschaft.

In einer Versammlung der Zahlstelle München des Deutschen Buchbinderverbandes sprach der Buchbinder Ad. Müller über das Thema: Meine Erfahrungen in der christlichen Gewerkschaft. Der Redner war Vorsitzender der Zahlstelle München des christlichen Graphischen Centralverbandes und man hatte ihn auch bereits zum zweiten befohlenen Beamten dieser Organisation gewählt; sein einziger Zeit ist er zur freien Gewerkschaft, zum Deutschen Buchbinderverband, übergetreten, was nebenbei bemerkt — bei den Nachern des christlichen Verbandes eine heftige Revolte erzeugt hat.

Wie es mit der Wahrung der politischen und religiösen Neutralität in dem Graphischen Centralverband aussieht, zeigte der Referent an folgenden Beispielen:

Herbst 1910: Herr Dr. Müller, Generalsekretär des Katholischen Pressevereins und Redakteur des Neuen Münchner Tagblatts, spricht in einer Versammlung der Zahlstelle München des Gr. Z. V. über das Thema: Der Katholische Presseverein. Zweck der Nutzung: Mitgliedsrang für den politischen Interessen dienenden konservativen Presseverein und nebenbei Gewinnung von Abonnenten für die Zeitungspresse.

Am 26. August 1911: Vortrag des Rechtspraktikanten Weber über die politischen Verhältnisse in Alt-München.

Am 4. November 1911: Vortrag des Rechtspraktikanten Weber über die religiösen Verhältnisse in Alt-München. Dieses "gewerkschaftliche" Referat bestand in einer Verkündigung der katholischen Kirche. Es war also ganz passend für eine interkonfessionelle Gewerkschaft.

Am 16. Dezember 1911: Sofort nach Schluss der Zahlstellenversammlung wird eine Bild

### Franz Behrens, M. d. R.

Der vielseitige Reichstagsabgeordnete Franz Behrens ist von seinen agrarischen Gründen als Landtagskandidat für den hessischen Kreis Überlahn-Lügungen aufgestellt worden. Der Wahlkampf, den die Partei Behrens (konservativ-bauernbündlerisch-zentrumslicher Wissmach) gegen den Hauptgegner, die Nationalliberalen, führt, ist so „sozialistisch“, daß letztere die Flucht in die Distanzlichkeit ergreifen müssen, um sich besonders gegen persönliche Nurempelung und Verleumdungen der Behrensfreunde zu wehren. Ganz besonders harrt der nationalliberale Amtsgerichtsrat Dr. Voßmann mitgenommen. Doch das ist nicht, was uns hier angeht, uns interessiert mehr eine Stelle aus einem Berksammlungsbericht in den nationalliberalen „Wahlkundlichen Blättern“ vom 2. Mai 1913, in dem es in einem Abwehrartikel heißt:

Herr Behrens bezeichnet sich selbst gern als den „Mann des Volkes“ und stellt sich im Gegenzug zu dem „Vertreter der Plutokratie und der Industriemagnaten“. Sein Parteikreisler Schäfer wendet sich an Großindustrielle und bittet um Geld für die Wahl des Herrn Behrens.

Das ist allerdings interessant. Ein christlicher Gewerkschaftskreis schenkt bei den Großindustriellen, um die Wahl Behrens' zu fördern. Wenn es sich nicht um Behrens handelt, wäre die Geschichte nicht zu glauben. Aber wo Behrens tätig ist, kommen die wunderbarsten Sachen vor. Ein Mann, der Mitglied des Bundes der Landwirte ist und dann die Stelle eines Vorsitzenden eines christlichen Landarbeiterverbandes übernimmt, der sich bei den Reichstagswahlen für sich bei Schmieden und Zinnungsfrauen zusammen läßt, warum soll ein solcher Mann, dessen Rechtmäßigkeit überhaupt nicht zu überstreiten ist, nicht auch den Bettelsozialen den Türen der nationalliberalen Großindustriellen schwingen lassen, um die Parteidräger dieser Großindustriellen um so besser bekämpfen zu können. Bei der Behrensguppe ist eben alles möglich.

Dieser Herr Behrens ist wirklich ein netter Volksvertreter.

### Nichts Nachteiliges!

Der Deutsche Holzarbeiterverband hatte im vergangenen Jahre in einer Werbetafel in Neustadt, Bezirk Alsfeldenburg, einen Streit durchzuführen. Während des Kampfes wurden drei seiner Mitglieder, ein Verheirateter und zwei Ledige, Streikbrecher. Der Verheiratete nahm die Arbeit zuerst auf und er verleidete dazu auch die Ledigen, die bereits anderwärts in Stellung waren. Um als Streikbrecher eine Ablenkung zu haben, wandten sie sich vertraulich an die Sägemühle Alsfeldenburg des christlichen Holzarbeiterverbandes, um als Mitglieder zugelassen zu werden. Ebenso, die christliche Ortsleitung wußte, daß es sich um Streikbrecher handelte, wurden sie in die christliche Gewerkschaft freudig aufgenommen. Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes richtete an den Zentralvorstand des christlichen Verbandes wegen dieser Aufnahme einen Beschwerdebrief. Hierauf ging nach Verlauf von zehn Wochen folgende Antwort ein:

Köln, den 22. März 1913.  
An den Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin.

Werte Kollegen!

In Sachen der in Neustadt zu unserm Verband übergetretenen Kollegen teilen wir Ihnen freundlichst mit, daß wir über die Kollegen nichts Nachteiliges ermitteln konnten, was die Ablehnung des Uebertritts rechtfertigen würde.

Mit kollegalem Gruß:

Zentralverband der christlichen Holzarbeiter Deutschlands.

Ch. Beyer.

Nichts Nachteiliges! Wer seinen Kollegen als Streikbrecher in den Rücken läßt, und andere, die anderwärts in Arbeit stehen, zum Streikkreuz aussordnet, der hat die Ehre einer christlichen Gewerkschaftsorganisation nicht verloren, hat nichts getan, was als „nachteilig“ aufzufassen ist.

Die offizielle Ausführung über Streikbrecher und Streikbrecher steht ganz genau in den Rahmen der seit mehreren Jahren angewandten christlichen Gewerkschaftsstatistik bei Streits hincin. Was gilt den christlichen Organisationen noch gewerkschaftliches Christliches, was Solidarität. Sie sind gewerkschaftlich so herabgekommen, daß sie in der Niedertrampelung von Ehre und Solidarität noch etwas Greches und Gutes sehen. Pfui Teufel!

Die Volksfürsorge ist nun endlich vom Aussichtsamt in Berlin genehmigt worden. Der Geschäftsbetrieb der Volksfürsorge kann allerdings erst aufgenommen werden, nachdem die Firma in das Handelsregister in Hamburg eingetragen ist, was dann erfolgt, wenn die Ausfertigung der Konzession durch das Aussichtsamt vorliegt. Immerhin steht nun fest, daß die Volksfürsorge in nächster Zeit ihren Geschäftsbetrieb aufzunehmen in der Lage ist.

Unsere Kollegen werden es mit Freude begrüßen, daß nun die Volksfürsorge perfekt geworden ist. Lange genug hat die Erteilung der Genehmigung allerdings gedauert. Die Steinarbeiter werden in Zukunft Versicherungsabschlüsse nur mit der Volksversicherung machen. In dieser bedeutungsvollen sozialen Institution gibt es keine Direktoren, die alljährlich Hunderttausende von Mark als Gehälter einstreichen. Die Volksfürsorge wird dank der Unterstützung durch die Gewerkschaften und Genossenschaften sicherlich eine glänzende Entwicklung nehmen.

Silhelm Holzmann 4. Der Mitinhaber der weltbekannten Schuhfabrik P. Holzmann im Frankfurter a. M., Herr Silhelm Holzmann ist der einzige Sohn verstorben. Die Firma unterhält auch bedeutende Steinbrüche, so in Schlesien, Unterfranken und Hessen. P. Holzmann war 1842 zu Spandingen geboren, er war ein vorsichtiger Kaufmann. — Nach der großen Zahl der jetzt unter seiner Leitung durchgefahrene Beamter sind einige der bestensbewerteten in der noch vorhandenen Aufstellung verzeichnet: 1869 Buchholz Großherzogtum, 1876 Obermeisterläufe Frankfurt a. M., 1877—1880 Elberfeld-Bremen-Karlsruhe, 1881 Main-Königshofen, 1882 Frankfurt bis Weins, 1883 zwei zweiter Mainbrücken, 1886 Krefeld Karlsruhe 1888 Zweite Bahn Brüssel—Antwerpen (Belgien), 1888—1890 Bauten am Kaiser-Wilhelm-Denkmal, 1892 Dampfschiff bei Dordrecht, 1893 Zweite Bahn Brüssel—Antwerpen (Belgien), 1894 Krefeld und Dorts bei Dordrecht, 1895 Dampfschiff bei Krefeld, Dorts Krefeld, 1896 Dorts für die Stadt Krefeld, 1897 Dorts für die Stadt Karlsruhe, 1908 bis 1912 Dampfschiff a. M.

Unter den Betriebshäusern, welche bei der Firma beschäftigt waren, war der Betriebshaus, welches keinen Handel in Arbeiterhäusern abnahm geschlossen.

Zur Betriebszählung der zurzeit vorhandenen 25 preußischen Betriebshäusern im ländlichen Raum erreichten 6195 Bevölkerungen 1200 Betriebshäusern. Die Betriebshäuser zwischen 200 und 300 Personen, unter 200 Personen, Kosten, Güterkosten und Gehaltsbüro, Betriebshäuser waren die Zahl der Schüler im Steinmetzmeister mit der Lehrzeit von einem Sommersemester, so zeigt sich, daß allgemein der Betriebshaus im Sommer durchschnittlich nur etwa halb so hoch ist als im Winter.

Die Betriebshäuserne Schule in Preußen leidet nicht mehr. Die Zahl der Schüler in Schule erhielten wurde, im eingegangenen Jahr der Betriebshaus geschlossen.

Steinmetzen. Der bedeutende Steinmetzverein hat für die Betriebshäuser und verwandten Betrieben nach einer Steinmetz- und Schmiede ausgerichtet auf, so daß eine selbständige Organisation für diese Kollegen nicht geboten erscheint.

Zum Besuch der Internationalen Baufachausstellung in Leipzig sind auf Anregung des Leipziger Gewerkschaftskartells von der Ausstellungleitung Vorzugskarten zum Preise von 35 Pf. inl. Benutzung der Garderoben und Toiletten für Gewerkschaftsmitglieder und deren Angehörige zur Verfügung gestellt worden. Die Karten sind für einzelne Mitglieder bei den Vorständen der Leipziger Gewerkschaften zu erhalten. Fällt auswärtige Gewerkschaftskartelle und Gewerkschaften, die die Ausstellung corporativ besuchen wollen, werden auf Wunsch jederzeit und in jeder beliebigen Anzahl berechtigte Vorzugskarten durch das Leipziger Gewerkschaftskartell bereithalten, wenn rechtzeitig, möglichst eine Woche vor dem Besuch entsprechende Mitteilung gemacht wird. Die Bezahlung der Karten erfolgt bei der Entnahme. Direkt an die Ausstellungleitung gerichtete Anträge auf Preisermäßigung bezügl. Gewährung von Vorzugskarten sind zwecklos. Vor 10 Uhr vormittags und an Elftagen haben die Vorzugskarten keine Gültigkeit. Wir können unseren Zahlstellenverwaltungen nur dringendst empfehlen, von diesem Anreichen Gebrauch zu machen. Die Adresse lautet: Gewerkschaftskartell Leipzig, Zeitzer Straße 82 (Volkshaus).

Sachverständige her. Die Marmorgeschäftsinhaber von Rheinland und Westfalen halten ständig in Düsseldorf ihre Generalversammlung ab. Interessant ist der Beobachtung, daß bei allen inszenierten Vorbereitungen sofort die Berliner Haupitleitung zu berücksichtigen sei, damit zu den Verhandlungen tüchtige Sachverständige entstehen können.

Ausnahmetarif für Steine. Mit Gültigkeit vom 5. Mai 1913 ist die Station Herzog Augustshütte (Provinz Sachsen) als Verbandsstation in die Ausnahmetarife 5 b (Steingrus) und 5 w (Pflastersteine) aufgenommen worden.

Mügl u. Hesse, vorm. Otto Mehling Nachf., Zweiggeschäft. Unter dieser Firma hat die offene Handelsgesellschaft Mügl u. Hesse, vorm. Otto Mehling Nachf., Berlin, eine Zweigniederlassung in Gerolzhofen errichtet.

Kasseler Basaltindustrie, G. m. b. H. Das Stammkapital der Gesellschaft wurde von 20 000 auf 100 000 M. erhöht.

Schotterwerk und Förderbahn Oberaula, G. m. b. H. Die Gesellschaft wurde ins Handelsregister eingetragen. Gegenstand des Unternehmens ist Betrieb eines Schotterwerks und einer Förderbahn zum Transport der Steinmaterialien aus den bei Oberaula gelegenen Brüchen der beiden Gesellschafter (Basaltwerk Oberaula, G. m. b. H., Oberaula, und Niedersächsische Basaltwerke, G. m. b. H., Kassel). Das Stammkapital beträgt 20 000 M. Geschäftsschließt Steinbruchbesitzer Philipp Bartholomäus, Walsfeld, und Kaufmann Selig Nagel, Kassel.

Technische Fortschritte und Arbeiterzahl. Für die Ersparnis von Arbeitskräften durch technische Fortschritte in der Portlandzementindustrie gibt Fritz Müller in einer Studie Entwicklung und Verteilungen in der deutschen Portlandzementindustrie (Verlag Siemensoth, Berlin 1913) einige zahlenmäßige Belege. Von 1894 bis 1900 stieg die Zahl der in der Zementindustrie beschäftigten Arbeiter von 18 300 auf 31 400. Die Krise von 1900 brachte einen Rückgang des Zementverbrauchs; 1901 betrug insgesamt die Arbeiterzahl nur 25 800. Von 1904 an beginnt der Zementverbrauch stark zu steigen und auch die Arbeiterzahl geht wieder in die Höhe. Durch die etwa 1905 einsetzende Einführung des amerikanischen Drehrohres steigt die Arbeiterzahl aber nur bis auf 28 200 im Jahre 1907 und beginnt darauf wieder zu fallen. 1910 wurden nur 24 100 Arbeiter beschäftigt. Durch den Drehrohren kann nämlich jede Handarbeit vom Einwirken der Kalksteine bis zum Schließen der Zementfässer oder -sässer entbehrt werden; der ganze Fabrikationsprozeß einschließlich dem Füllen der Fässer wird ununterbrochen von Maschinen besorgt.

Für einzelne Fabriken hatte die Einführung des Osens die Folge, daß sie die Mehrzahl der Arbeiter entlassen konnten. So brauchte die Zementfabrik Grosshöchst bei den alten Ofenanlagen 168 Arbeiter, bei dem neuen System aber nur 36 Arbeiter, um in 24 Stunden 1800 Fässer Zement herzustellen. In der Zementfabrik Leimen wurden im Jahre 1899 731 600 Fässer Zement von 1110 Arbeitern hergestellt. Im Jahre 1905 war die Produktion auf 937 300 Fässer gestiegen, die Zahl der Arbeiter aber bis auf 764 gesunken. Im Jahre 1909 wurden bereits 1,11 Millionen Fässer Zement von nur 653 Arbeitern produziert. Fiel auf einen Arbeiter im Jahre 1890 eine jährliche Zementproduktion von 650 Fässer, so betrug dieser Anteil im Jahre 1909 bereits 1700 Fässer. Dagegen zahlte die Firma im Jahre 1909 nur einen Durchschnittslohn pro Tag von 3.78 M. gegen 2.61 M. im Jahre 1890. Die Arbeiterentlassungen infolge der technischen Neuerung bedeuten also für den Unternehmer Vorratspünsche und Profitsteigerung, für den Arbeiter geringeren Anteil am Produktionsertrag oder Arbeitslosigkeit.

### Quittung.

Eingegangene Gelder vom 28. April bis mit 10. Mai.

(Die vor den Zahlen stehenden Strichstrichen bedeuten: B. = Briefmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kraut- und Erwerbszonenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Justizrate).

Gleiwitz, B. 4.80. Gelenau, Ins. 6.—. Kirchenlamitz, B. 176.40, K. 19.35. Lüttich, B. 22.88, K. 0.20, M. 0.20. Wohlhausen, E. 8.—.

Kaiserslautern, B. 567.—, K. 25.50. Taucha, B. 3.80. Genniberg, B. 6.—. Wittenberge, B. 4.—. Teltow, B. 3.80. Alstedt, B. 2.40, K. 0.50. Coburg, Ins. 3.60. Selb, Ins. 3.60. Stegenburg, Ins. 2.40. Langenberg, B. 9.50, K. 0.30. Saarbrücken, B. 3.80, E. 1.50, K. 4.40. Gudenberg, B. 2.80, E. 3.50. Ehrenfriedersdorf, B. 77.02, E. 2.—, K. 13.—. Darmstadt, B. 84.—, K. 16.—. Holzminden, B. 57.14, E. 5.—, K. 15.05. Adelebsen, B. 88.10, K. 1.10. Bauzen, B. 278.—, K. 39.25. Crainfeld, B. 2.—, K. 0.25. Dissen, B. 1.50, K. 0.10. Danzig, B. 15.10. Hornberg, B. 148.02, E. 3.50. K. 10.40. Kirchheim, B. 389.35, K. 3.40. Löbau, B. 29.18, K. 0.10. Mondfeld, B. 8.92, K. 1.—, M. 0.80. Wiedard, B. 18.50, K. 0.20. Neuhaus, B. 54.18, K. 1.2u. Mölln, B. 91.10, K. 0.40, M. 0.75. Nottenbauer, B. 154.55, K. 7.50. Wiesbaden, B. 254.—. Wildemann, B. 117.60. Siegelanger, B. 210.—, K. 2.—. Mannheim, B. 18.70, K. 0.20. Apolda, Ins. 2.—. Leipzig, B. 29.40, K. 1.—. Berlin, B. 1.80, K. 0.10, Div. 0.20. Marstrand, B. 4.80, K. 0.10. Plau, B. 6.—, K. 0.40, Div. 0.25. Adelebsen, B. 104.—, E. 2.—. Köln, B. 75.98, K. 0.80. Steinberg, B. 4.70, E. 6.—. Eschede, B. 4.80, Div. 0.20. Steinwiesen, B. 2.70. Glüsen, B. 2.40. Treysa, B. 5.—.

Ludwig Geist, Kassierer.

Gebührendungen für die Hauptklasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geist, Leipzig, Zeitzer Straße 82, IV, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

### Allgemeine Bekanntmachungen.

Demitz-Thumig. Der Steinmeister Ludwig Ebner genannt „Hausvater“ möchte seine Adresse einsenden.

Alfons Probst, Demitz Nr. 48.

Köln II. Jürgensche Marmorarbeiter mögen, ehe sie um Arbeit ansprechen, erst Erkundigung beim Kassierer Neubrück, Annastraße 82, I, einziehen. Die Konjunktur ist zurzeit hier sehr schlecht.

Mülhausen. Joseph Singer (Buch-Nr. 19005), Joseph Funke (Buch-Nr. 20095), Peter Woll (Buch-Nr. 20100) sind in Mülhausen (Elbe) nach § 3 Abs. 5 des Statuts gestrichen worden.

Oschatz (Sachsen). Wir erfreuen die zureisenden Kollegen, die Kunsteinwerke der Firma Otto u. Robert Geissner in Schöllnitz, Oschatz zu meiden, da ein dortiger Kollege, Karl Franke, den Polter spielt und den Kollegen den Lohn reduziert.

Die Ortsverwaltung.

Ruhmannsfelden. Erfüllen den Kassierer Peter Lehnerer in Neujagod, mir unterzeichneten das Verbandsbuch des Kollegen Joh. Erl, welches ich schon zu wiederholten Malen verlangt habe, zu zuseinden.

Peter Singer, Kassierer.

### Adressen-Aenderungen.

Marktleuthen. Vors.: Michael Küppert.

Osterholz. Vors.: Wilhelm Schulte. Kass.: Fr. Pfleider.

Sommer- u. Winterhausen a. M. Kass.: Kaspar Ditt, Winterhausen a. M.

### Versammlungskalender.

**Mitglieder-Versammlung**

Flonheim: 17. Mai, nachmittags 4 Uhr, im „Prinzen Karl“.

Mayen: 18. Mai, nachmittags 1½ Uhr, bei Diederich.

Roth: 17. Mai, abends 8 Uhr, bei Rotheller.

Stettin: 20. Mai, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“.

### Briefkasten.

Fr. Soll uns als Anregung sehr wertvoll sein. Wir bringen darüber in einigen Wochen eine Abhandlung. — 3. Das Gedicht ist nicht druckfrei. — 4. In diesem Falle ist eine Pfändung sehr wohl möglich. Strebe doch eine Einlösung an. Warum denn so starkköpfig? — 5. Der Beitritt eines Wermunds von Winderhähnen zu einem schwelbenden Refurkursfahren nach Ablauf der Refurkrist ist zulässig. Siehe Amtliche Nachrichten 1908, Seite 257, Blatt 1979. — 6. Nach unserer Kenntnis ist das Material wegen des großen Quarzgehaltes sehr schwer zu verarbeiten. Allerdings im polierten Zustand ist die Wirkung sámos.

Einige Berichte, welche uns erst bei Redaktionschluss zingingen, mußten zurückgestellt werden. Wir ersuchen dringendst, mit der Berichterstattung figner zu sein.

Einige Berichte, welche uns erst bei Redaktionschluss zingingen, mußten zurückgestellt werden. Wir ersuchen dringendst, mit der Berichterstattung figner zu sein.

### Anzeigen

## Schürzen

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung

Eigene Anfertigung.

Hamburg 6, jetzt Bartelsstraße 93.

Kleiderfabrik und Weberei

E. Fritzsche Niederoderwitz i. S.

Konkurrenzlos! Konkurrenz! Konkurrenzlos!

Best